Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 8,50 Mk. Durch die Post monatl. 8,50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leuchenfeldstr. 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 45. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | Mittwoch, den 7. Dezember 1921 | 1. Jahrgang. Nr. 286

Hörsings Spitzelapparat in Tätigkeit

Arbeiter, aufgepaßt!

In mehreren Orten der Provinz Sachsen (Artern, Voigtstedt, Gehofen) sind Polizisten in die Arbeiterwohnungen gekommen, um sich folgende Fragen beantworten zu lassen:

Name des Arbeiters?
Wohnort?
Beruf?
Parteizugehörigkeit?
Oeffentliche Betätigung?
Verheiratet?
Mit wem?
Wieviel Kinder?

Den Nachforschungen unserer Genossen gelang es infolge Unvorsichtigkeit der Beamten, zu erfahren, daß es sich um die Beantwortung eines Fragebogens handelte, dem ein Begleitschreiben beilag. Der Fragebogen trug die Ueberschrift: Oberpräsidium Magdeburg (Hörsing) und enthielt die obigen Fragen.

Da unsere Genossen den Fragebogen selbst eingesehen haben, ist kein Zweifel daran möglich, daß Hörsing eine neue Liste revolutionärer Arbeiter für einen Major Folte zusammenstellt, um neue Provokationen der mitteldeutschen Arbeiterschaft vorzubereiten.

Es ist selbstverständlich, daß keine Behörde das Recht hat, nach der Parteizugehörigkeit und der öffentlichen Betätigung zu fragen und jeder Proletarier diesbezügliche Auskunft entschieden verweigert.

Sozialdemokraten für das Spitzelwesen

Anläßlich des mißglückten „Enthüllungs"manövers des „Vorwärts", durch das nur die Spitzelmethoden der sozialdemokratischen Regierer in Württemberg bloßgestellt worden sind, schreibt die „Sozialistische Korrespondenz":

„Wir sind überzeugt, daß keine Regierung der Welt jemals auf die Dienste der dunklen Ehrenmänner wird verzichten können, die solche Berichte liefern, solange es eine Partei gibt, die sich grundsätzlich zur Gewalt auf ihrem politischen Kampfmittel bekennt."

Dieses offenherzige Bekenntnis macht jedes Kommentar überflüssig.

Spitzel an der Arbeit

Am 1. Dezember fanden bei einigen Berliner Genossen Haussuchungen durch Kriminalbeamte statt. Die haussuchenden Kriminalbeamten waren im Besitz einer Liste von 20 Mann. Auf dieser Liste waren Namen vermerkt von Leuten, die schon seit längerer Zeit nicht mehr Mitglied unserer Partei sind. Es geht daraus hervor, daß die Liste, nach der die Haussuchung vorgenommen wurde, von einem Spitzel stammt, der schon vor längerer Zeit in unserer Partei „arbeitete". Die haussuchenden Beamten erklärten, daß sie beauftragt seien, nach Waffen zu suchen. Nachdem sie aber keine fanden, erklärten sie, daß sie auch beauftragt wären, nach schriftlichem Material zu forschen. Bisher fanden Haussuchungen statt bei einem Genossen im 4. Bezirk und bei einem Genossen im 2. Bezirk. Bei diesen beiden Haussuchungen ist absolut nichts gefunden worden und die Beamten sind unverrichteter Sache wieder abgezogen.

Interessant ist, daß der eine Genosse, bei dem gehaussucht wurde, mitteilt, daß die Beamten keine Kriminalmarken hatten, sondern nur eine weiße Ausweiskarte vorzeigen konnten. Sollte es sich vielleicht überhaupt um nachgeahmte Kriminalbeamte handeln?

Wir möchten bei der Gelegenheit unsern sämtlichen Genossen ins Gedächtnis rufen, daß Haussuchungen nur auf Grund eines schriftlich vorzulegenden Befehls zulässig sind, nur bei Tagzeit erfolgen dürfen und daß für alle „beschlagnahmten" Gegenstände Quittungen zu erteilen sind. Alle Haussuchungen, die diesen Bedingungen (§§ 102, 111 der Straf-Proz.-Ordn.) nicht entsprechen, sind als Eindringlinge zu betrachten und dementsprechend zu behandeln.

Amnestie der politischen Gefangenen!

Von den drei sozialistischen Parteien verlangt

Jena, den 6. Dezember 1921.

Nachdem die **kommunistische Fraktion** im Thüringer Landtag bereits am 29. November eine Anfrage an die Landesregierung eingebracht hatte, in der sie aus Anlaß des **Hungerstreiks der politischen Gefangenen** in Lichtenburg anfragte, ob die Thüringer Landesregierung bereit sei, für die Begnadigung oder vorläufige Haftentlassung politischer Gefangener einzutreten, haben die Fraktionen der **drei sozialistischen Parteien** in der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag von Thüringen wolle folgende Entschließung annehmen: Das Staatsministerium ist ermächtigt, bis zum 31. März 19[illegible]: Straferlaß, Strafmilderung und Niederschlagung in besonders weitem Umfange zu gewähren, wenn es sich handelt um politische Straftaten und solche Straftaten, die aus Not begangen sind. Es kann besondere Arten von Vergehen, politische Straftaten und Beleidigungen, die besonders geeignet sind, für Gnadenerlasse zur Nachprüfung und Entscheidung, in den einzelnen Fällen dem Justizministerium übertragen.

Weite Kreise der Bevölkerung in Thüringen und im Reich befinden sich in schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis. Die wirtschaftliche Not läßt die politische Bewegung nicht zur Ruhe kommen. Wirtschaftliche Not und politische Zerrissenheit schaffen täglich neue Erregung und Unruhen. Die Bestrafungen werden besonders hart empfunden. Unter ihnen leiden auch die Familien mehr als die Schuldigen. Der Gedanke, Beruhigung und Linderung der Not durch besonders weitgehende Begnadigung zu schaffen, ist zu begrüßen und zu fördern."

*

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Haltung der sozialdemokratischen Partei Thüringens absteht von der Haltung der Sozialdemokratie im Reich und ganz besonders von der des sozialdemokratischen Justizministers Radbruch. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ihre Führer zwingen, dem Thüringer Beispiel zu folgen. Die politischen Gefangenen müssen befreit werden.

Eine neue Maßnahme gegen die politischen Gefangenen

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben alle Gefangenen, die in einen Hungerstreik verwickelt waren, wieder ihre Arbeiten aufgenommen. Die Justizverwaltung wird in Zukunft Beeinflussungen der Gefangenen durch kommunistische Werber unterbinden und auch Revisionen durch kommunistische Abgeordnete nicht mehr gestatten. Angebliche Mißstände sollen nur noch durch parlamentarische Untersuchungskommissionen geprüft werden.

*

Das Schicksal der politischen Gefangenen soll noch verschlechtert werden. Sie sollen vollends von der Außenwelt abgeschlossen werden, damit ihr Jammer nicht zutage tritt. Die schamlose Verdächtigung, als ob die Hungerstreiks durch die kommunistischen Abgeordneten veranlaßt worden seien, ist ein offener Hohn auf das Elend der Gefangenen.

So antwortet die Regierung auf die Forderung der Arbeiterschaft nach der Amnestie. Der verantwortliche Leiter aber des gesamten deutschen Justizwesens ist der Sozialdemokrat Radbruch.

Nach Oppau, Saarlouis

100 Tote

WTB. **Saarlouis, 6. Dezember. Heute mittag gegen 12 Uhr erfolgte im Betriebe A der Dynamitfabrik vorm. Alfred Nobel u. Co. eine schwere Explosion eines Oelbehälters. Eine Anzahl Leichtverletzter konnte sich aus den Trümmern retten. In dem brennenden Betriebe sollen sich noch etwa 50 Personen befinden. Da mit der Gefahr neuer Explosionen zu rechnen ist, können Rettungsmannschaften an die Unglücksstelle nicht heran. Ein Teil des Waldes steht in Flammen. Bis auf große Entfernungen sind die Fensterscheiben gesprungen. Genaues läßt sich noch nicht feststellen. Die letzte Meldung, die einlief, spricht von über 100 Toten.**

Nach Oppau — Saarlouis. Neue Opfer kapitalistischen Meuchelmordes: Was nicht durch Hunger zugrunde geht, soll diesen Tod sterben.

Wir verlangen eine sofortige Untersuchung durch Arbeitervertreter und Kontrolle der Schutzmaßnahmen in den Fabriken durch die Betriebsräte.

WTB. **Dillingen, 6. Dezember. Der „Dillinger Anzeiger" meldet über die Katastrophe in Saarwellingen: Der Brand entstand in der Nitrosörperschmelze. In einem Augenblick explodierten die gesamten dort lagernden Sprengstoffe, und der Brand dehnte sich auf die weitere Umgebung aus. Bisher sind 13 Leichen geborgen, von denen etwa die Hälfte nicht festgestellt werden kann, da sie durch die erlittenen Verletzungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt sind. Die Zahl der Verwundeten läßt sich noch nicht feststellen, da die meisten von ihnen sofort geflüchtet sind. Die Fabrik ist zum größten Teil zerstört. Die Häuser der näheren Umgebung sind zum größten Teil zertrümmert, vereinzelt sind auch ganze Gebäude eingestürzt. Der Schaden ist ungeheuer. An eine Wiederaufnahme der Arbeiten ist für geraume Zeit nicht zu denken. Französische Truppen und Saarpolizei haben das Gelände gegen die in Scharen herankommenden Neugierigen abgesperrt.**

234,2 Milliarden zu zahlen!

Berlin, 7. Dezember. Nach einer amtlichen Berechnung werden sich die Reparationsverpflichtungen Deutschlands an die Entente für 1922 auf 234,2 Milliarden Papiermark stellen ohne die Leistungen aus dem Wiesbadener Abkommen.

Warenaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft

Ein neuer Anschlag auf die proletarische Einheitsfront!

Wir haben bereits in unserer Sonnabend-Nummer auf einen eingesponnenen Plan der Vertreter der Kohle- und Kali-Industrie und der Landwirtschaft hingewiesen, der die gespannteste Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft erfordert, da er unseres Erachtens nichts weiter zur Folge haben dürfte, als einen Keil in die sich immer mehr schließende Einheitsfront des Proletariats zu treiben und letzteres in zwei Lager zu spalten: in einen zufriedenen und in einen unzufriedenen Teil. Beide Teile sollen gegeneinander ausgespielt werden. Der äußerst schlau ausgekegte Plan erinnert an die Hungerkriegsjahre, in denen man durch die Einteilung der Arbeiterschaft in Schwerst-, Schwer- und Leichtarbeiter dasselbe Ziel im Auge hatte und teilweise damit auch den gewünschten Erfolg erzielte.

Unsere gesamte wirtschaftliche und politische Lage drängt nach irgendeiner Entscheidung. Die Massen werden immer unzufriedener. Die rasende Teuerung auf dem Lebensmittel- und Bedarfsartikelmarkt hat eine ungeheure Erbitterung unter der arbeiterden Bevölkerung ausgelöst, um so mehr, als die Steigerung der Löhne nicht im entferntesten mit dieser Preisentwicklung Schritt gehalten hat. Im Gegenteil, das Niveau der Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist trotz erhöhter Löhne immer tiefer gesunken. Die Unternehmer wissen das zu gut. Deshalb auch ihr Bestreben, ein Ventil zu finden, das die drohende Explosion verhindern soll. Und endlich glaubt man einen Weg gefunden zu haben, bei dem es sich schließlich auch noch gut profitieren läßt. Der Dumme dabei ist letzten Endes der Arbeiter selbst, dem man zumutet, sich gegenseitig zu zerfleischen, das heißt, wenn er auf den Leim hereinfällt.

Schon die Tatsache, daß der Landbund und die Kohlen- und Kalimagnaten, unter Führung des Kohle-Leopold, den sauberen [illegible] ausgeheckt haben, sollte den Arbeitern zu denken geben. Diese Kreise haben noch nie etwas für die Arbeiterschaft übrig gehabt: für sie war stets nur das Profitinteresse maßgebend gewesen. Sollte das auf einmal anders sein? Wer das glaubt, mag es mit sich abmachen; er wird schließlich eine starke Enttäuschung erleben.

Wir haben aber die Pflicht, die Arbeiterschaft auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, daß der eine Teil der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln gut versorgt wird, während der andere Teil hungern muß. Niemand wird und darf das wünschen. Und wenn etwa dagegen eingewendet werden sollte, daß bei Durchführung des Planes der Teil der Arbeiter mit der größten Kaufkraft vom Markt ausgeschaltet werden würde und damit die dort vorhandenen Waren für die übrige Arbeiterschaft übrig blieben, so fällt dieser Gedanke von vornherein in sich zusammen, denn gerade bei Durchführung des Planes werden die noch vorhandenen Lebensmittel den beteiligten Arbeiterkategorien zugeführt, während für die anderen der leere Markt übrig bleibt. Eine solche Sonderpolitik muß von der Arbeiterschaft einmütig abgelehnt werden.

Wir wollen im Nachfolgenden darlegen, um was es sich handelt.

Der deutschnationale Landbund hatte in einer am 28. November in Halle stattgefundenen Sitzung sich mit dem Warenaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft beschäftigt. Beteiligt waren außer dem Landbund die Vertreter der Kali-, Stickstoff- und der Braunkohlenindustrie. Desgleichen waren Gewerkschaftsvertreter anwesend.

Nach dem „Vorwärts" vom 1. Dezember handelt es sich um folgendes:

„Die zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu erträglichen Preisen, reizen die Volkswirte, neue Wege zu suchen, um dieses schwierige Versorgungsproblem zu lösen. Für die Industrie handelt es sich in der Hauptsache um die Versorgung der Arbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten. Heute freilich ist es viel zu spät, um von der diesjährigen Ernte noch viel zu erfassen.

Andererseits leidet die Landwirtschaft unter den Folgen der Ausfuhr von Stickstoff und Kali; ja, Sachverständige befürchten, daß im kommenden Jahre Schwierigkeiten in der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Düngemitteln eintreten. Die Profitwirtschaft auf beiden Seiten mit ihren unglaublichen Gewinnen für wenige und fürchterlichen Folgen für die gesamte Bevölkerung, trieb grauenvollen Zuständen zu, die — und das ist das Schlimmste — von einsichtigen Leuten auf beiden Seiten schon erkannt werden, aber trotzdem will man, solange als möglich, mitprofitieren.

Um eine Katastrophe zu verhüten und sich wenigstens gegenseitig noch zu versorgen, wollen jetzt Industrie und Landwirtschaft Teile des Restes der diesjährigen Ernte und der Industrieprodukte sich gegenseitig auf dem Wege des Austauschverfahrens zuführen. Der Anfang soll in Mitteldeutschland gemacht werden."

Um die Katastrophe, die sich ergibt aus der Profitwirtschaft mit ihrem unglaublichen Gewinn für wenige und die fürchterlichen Folgen für die gesamte Bevölkerung zu verhüten, wird folgendes Rezept unterbreitet:

„Stickstoff, Kohle und Kali sollen in bestimmten Mengen dem Landbund offertenmäßig angeboten werden und man hofft, daß auf dieses Produktenangebot die Landwirtschaft mit gleichwertigem Angebot von Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchten reagiert. Der Geldverkehr wird ausgeschaltet; damit will man auch der Papierinflation steuern. Von einer Zentralstelle soll ein den Valutaschwankungen nicht unterworfener gegenseitig konstant bleibender „Gleichungspreis" festgelegt werden."

Die ganze Sache hängt also ab davon, ob auf die Offerten reagiert wird. Mit anderen Worten: Ob diese Offertenangebote mehr Profit in Aussicht stellen, als sonst im freien Handel zu erwarten ist. Die Stickstoff- und Kalindustriellen werden nur die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0001

Mengen offerieren, für die im Auslande kein Absatz vorhanden, oder die durch dieses Austauschverfahren im Inland mehr Gewinn bringen.

Ebenso der Junker, der Großgrundbesitzer. Kann er vom Erlös einer Tonne Weizen im freien Handel auch nur ein Kilogrammtopzent Kalistickstoff auf freiem Markt mehr kaufen, als er auf Grund des Gleichungspreises erhält, dann können die Kalistickstoffindustriellen offerieren, solange sie wollen. Es bleibt also nur eins: **Das Austauschverfahren soll die Profite steigern.**

Diese Aussicht ist auch teilweise vorhanden. Denn der Zwischenhandelsprofit fällt dadurch fort, d. h. er fällt in die Tasche der Industrie — und Agrarkapitalisten. Dieses Tauschverhältnis ist jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft äußerst beschränkt. Der Agrarkapitalist hat kein Interesse daran, einen großen Teil seiner Produkte in Kali oder Braunkohlen zu vertauschen. Ebenso hat der Kaliindustrielle kein Interesse an größeren Mengen an Agrarprodukten.

In dem „Vorwärts" heißt es ferner:

„Die Landwirtschaft will sich also für die ihren Betrieb notwendige Produkte sichern. Die Industrie will die in Zahlung genommenen Lebensmittel den Arbeitern und Angestellten als Naturallohn in Zahlung geben. Das macht der deutschnationale Reichstagsabgeordnete, Bergwerksdirektor Leopold den Vorschlag: Man müsse die Soziallöhne (Haushalts- und Kindergeld) nicht in bar, sondern in Naturalien abgeben. Diese Regelung müsse aber tarifmäßig erfolgen. Damit würden auch die tätigen Lohnverhandlungen eingeschränkt, da die Lebensmittelpreisbewegung der Hauptgrund der Lohnbewegungen sei, dieser Grund aber beseitigt wäre, wenn ein Teil des Lohnes in Naturalien bezahlt würde. Im übrigen könne er es der Landwirtschaft nicht verdenken, wenn sie einen Teil ihrer Produkte zurückbehält, sie habe nur einmal im Jahre Einnahmen und müsse auf künftige Ausgaben bedacht sein, um nicht von Haus und Hof zu müssen."

Ein sehr bedeutsamer Versuch auf künftige Ausgaben ist gerade das Austauschverfahren im obigen Sinne. Der Ausspruch des Herrn Leopold befundet aber gleichzeitig, daß ein Herabsetzen der Preise für Agrarprodukte, also ein Herabmindern der unglaublichen Gewinne von vornherein auf der Tagesordnung gesetzt wird. Die Sorge um die Lebensmittelversorgung der arbeitenden Bevölkerung dient bei dem ganzen Geschäft nur als Mäntelchen.

Welche Vor- oder Nachteile kommen hierbei für das arbeitende Volk in Betracht? Es muß erstens festgestellt werden, worauf die Vertreter des ADGB. in der Sitzung hinwiesen: „Daß bei der Durchführung dieses Planes nur die in den beteiligten Austauschindustrien beschäftigten Arbeiter und Angestellten in den Genuß (?) der Lebensmittel kämen, große Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise aber ausgeschaltet würden." Ferner muß festgehalten werden, daß es den beteiligten Industrie- und Agrarierkapitalisten freibleibt, ob sie zu dem Gleichungspreise liefern wollen oder nicht. Mit Zwangsmitteln zu operieren weisen sie energisch zurück. (Damit erledigt sich auch die vom „Vorwärts" empfohlene Losung, Kontrolle durchs Reich oder den Reichswirtschaftsrat über den Umfang der zustande gekommenen Geschäfte, d. h. sofern der „Vorwärts" damit nicht meint, daß das Reich das Recht habe, den Umfang der Geschäfte zu erforschen, um am Jahresschluß eine Statistik darüber zu veröffentlichen. Oder denkt er an das „Stück Sozialismus" genannt „Zwangswirtschaft"?)

An eine Stabilität der Preise im Konsum des arbeitenden Volkes, an ein Hemmen der Aufwärtsbewegung der Preise kann als Folge dieses Planes nicht gedacht werden. Selbst für die wenigen Arbeiter, die in den „Genuß" der Lebensmittel kommen, wird dieser Genuß einen bitteren Beigeschmack haben.

Die Auszahlung in Naturallöhnen bedingt keineswegs, daß der Arbeiter immer dasselbe Quantum, d. h. daß er jede Woche oder jeden Monat soundso viel Speck, Butter, Mehl, Kartoffeln usw. erhält, ohne Rücksicht auf das Steigen oder Fallen der Preise.

Im Gegenteil, die Preisschwankungen, die sich verschärfende Krise, wird ihn nach wie vor treffen. Alle Maßnahmen der Industrie- und Agrar-Kapitalisten sind und werden diktiert von dem Gesichtspunkte aus: **Wie profitieren wir am meisten?** Wer zwingt sie, anders zu handeln, solange sie die Herrschaft über die Produktion in Händen haben? Die in den in Frage kommenden Industrien beschäftigten Arbeiter und Angestellte werden also entweder bei steigenden Preisen weniger Naturalien erhalten, bei gleichbleibenden Barlohn, oder aber keine Naturalien und dafür Barlohn, für den sie dann infolge der gestiegenen Preise weniger kaufen können, obwohl sie nicht durch Kampf ein erhöhtes Lohneinkommen erzielten.

Mit Recht führten, laut „Vorwärts"-Bericht, die Vertreter des ADGB. aus, „daß es sich bei diesem **Tauschplan** um ein **glattes Kaufgeschäft für die Industrie und Landwirtschaft handelt, wobei den Gewerkschaften jedes Recht wirksame Eingreifen unmöglich sei".** Ganz richtig fühlten die Gewerkschaftsvertreter, daß der Plan der Industriellen auch in sich birgt, die Gewerkschaften und Betriebsräte hinauszukomplimentieren aus dem Tempel der Industriekapitalisten. Der ganze Charakter dieses kapitalistischen Austauschverfahrens ist dazu angetan. Die Berechnung der Naturallöhne legt dem Tarifswesen infolge der Schwankungen der Warenpreise unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Die Industriekapitalisten fühlen sich jedoch stark genug, die Arbeitsgemeinschaft etwas zu lockern, wenn ihr Profitinteresse das erfordert.

Das Proletariat muß sich klar sein: Die zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung zu beseitigen, die Verschärfung der Lebensmittelkatastrophe zu verhindern, kann nicht aus einem Kaufgeschäft der Kapitalisten entspringen. Die Lebensmittelversorgung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung steht im Mittelpunkt aller Fragen, sie kann nur vom arbeitenden Volke selbst geregelt werden!

Wir stehen am Endpunkt der Entwicklung, die Kautsky im Erfurter Programm folgendermaßen kennzeichnet:

„Die ökonomische Entwicklung führt zu unerträglichen Zuständen für die Masse der Bevölkerung, welche dieser nur die Wahl lassen zwischen tatsächlem Verkommen oder tatkräftigem Umsturz der bestehenden Eigentumsform."

Der Ruf im „Vorwärts" wird nötig sein, daß zu den hier aufgeworfenen Fragen die ganze deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft Stellung nimmt. **Die Angelegenheit muß zum Kampf um die Kontrolle des arbeitenden Volkes über die Produktion und Konsumtion führen.**

Reichsbetriebsrätekongreß der Metallarbeiter

Leipzig, 6. Dezember 1921.

„Lohnkämpfe werden auf diesem Kongreß nicht behandelt". Mit diesem Satz, den Dißmann am zweiten Tag des Metallarbeiterbetriebsrätekongresses gegenüber der von unseren Genossen eingebrachten Resolution gebraucht hatte, hat er den Charakter dieses Kongresses gekennzeichnet. Betriebsräte, die ihre Entstehung der Revolutionsepoche verdanken und die durch das Gesetz eines bürgerlich-kapitalistischen Staates ihres revolutionären Charakters entkleidet, zu Organen im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft gemacht wurden, dürfen nicht über den Kampf des Proletariats sprechen und Beschlüsse fassen. Sie haben sich nach dem Willen der Gewerkschaftsführer nur auf betriebstechnische Fragen einzustellen und auf Kongressen große theoretische Referate anzuhören. —

Von diesem Gesichtspunkt aus sind auch die beiden Referate über „Eisen und Kohle" und über „Sozialisierung und Konzerne", die am Vormittag des zweiten Tages gehalten wurden, zu bewerten. Otto Hué, der Hauptbeteiligte bei der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, gab ein anschauliches Bild von der ungeheuren Macht des wiedererstarkten Kapitals. Er vermied es aber zu sagen, daß er und seine Freunde **durch die Arbeitsgemeinschaft die Industriebarone nach dem Zusammenbruch 1918 wieder voll und ganz in den Sattel geholfen haben.** Für den Kenner der Verhältnisse wirkte es daher wie ein Hohn, wenn derselbe Hué, der heute noch der eifrigste Verfechter der Arbeitsgemeinschaft ist, mit großer Geste am Schluß seiner Ausführungen die Worte gebrauchte: Gegenüber den Machtgelüsten des Kapitals müssen alle politischen Differenzen unter der Arbeiterschaft zurücktreten und der Kampf des Proletariats einig und geschlossen geführt werden.

Dr. Einstein vermied es ebenfalls, aus seiner Darstellung über die grandiose Entwicklung der Trusts und Konzerne die einzig mögliche Schlußfolgerung, daß gegenüber diesen Mächten nur der revolutionäre Klassenkampf auf breitester Grundlage erfolgreich sein kann, zu ziehen. Festgehalten zu werden verdient jedoch sein Ausspruch, daß, jemehr sich die Konzentration des Kapitals vollzieht, **um so weniger eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit möglich sein werde.**

Die Nachmittagssitzung war ausgefüllt mit der Diskussion. Fast alle Redner schilderten in bewegten Worten die wirtschaftliche Not, in der sich die Arbeiterklasse befindet. Der Einfluß, den die vier längeren Referate auf die Zuhörer ausübten, bewirkte es, daß sehr wenige Redner auf die gegenwärtigen Kämpfe eingingen. Soweit dies von einigen Rednern geschah, war es ihnen unmöglich, bei der kurzen Redezeit von zehn Minuten, ihre Vorschläge und Forderungen zur Durchführung der zehn Punkte des ADGB. und der einheitlichen Gestaltung und Zusammenfassung der gegenwärtigen Kämpfe eingehend zu begründen. Zum Schluß wurde eine Reihe von schönen Resolutionen angenommen, aber als die von den Genossen Grasse, Markwardt und Ifland eingereichte Resolution, die bestimmte Kampfmaßnahmen verlangte, zur Abstimmung gelangen sollte, verstand es Dißmann durch seine demagogische Beeinflussung des Kongresses die Abstimmung hierüber zu verhindern.

Gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen.

Resolution.

Der in letzter Instanz durch das imperialistische Machtstreben der großen kapitalistischen Staaten verursachte Weltkrieg hat mit Verelendung und Erschöpfung der Wirtschaft geendet. Nach einem kurzdauernden Wiederaufbau hat aber das kapitalistische System in den wichtigsten Siegerstaaten zu einer Wirtschaftskrise von bisher unerhörtem Umfang geführt, während in den besiegten Staaten, insbesondere in Deutschland, Krise und Prosperität in kurzen Zwischenräumen wechseln unter beständigem Fortschreiten der Verschuldung an das Ausland, des Ausverkaufs von Produktions- und Konsummitteln und der bedrohlichen Ausdehnung des Massenelendes.

Die Weltwirtschaft bedarf nach den Verwüstungen des Krieges der Anspannung aller Produktiv- und Arbeitskräfte. **Die kapitalistische Krise trennt aber gerade jetzt den Arbeiter von den Produktionsmitteln, schränkt die Erzeugung ein und verschärft so die Verelendung der Wirtschaft.** Der Widerspruch zwischen den Anforderungen der Wirtschaft und den kapitalistischen Verwertungsprozessen ist damit offenbar geworden. Das kapitalistische System kann den Wiederaufbau der Wirtschaft nur leisten, um den Preis der Vergeudung der Produktivkräfte und der Erzeugung von Massenelend in bisher unerhörtem Umfang. Dieser Widerspruch kann nur überwunden werden, durch die Ueberwindung des kapitalistischen Systems, durch die Ersetzung der blindwaltenden kapitalistischen Profitgesetze durch die Ordnung der ihre Wirtschaft bewußt nach ihrem Bedarf organisierenden und regelnden sozialistischen Gesellschaft.

Die verderblichen Wirkungen der Weltkrise werden für Deutschland verschärft durch die Zerrüttung des Staatshaushaltes durch die schweren Lasten des Friedensvertrages, durch die Geldentwertung. Die deutsche Wirtschaft wird zum Spielball zwischen den Konjunkturschwankungen des Weltmarktes und den kurz aufeinanderfolgenden Wechsel von Prosperität und Krise, der sich aus den unüberseehbaren Aenderungen der Valuta ergab. So steigert die Verelendung der Wirtschaft in den valutaschwachen Ländern die Schwierigkeiten der Ueberwindung der Krise, in den valutastarken Ländern ohne damit die eigene Wirtschaft vor immer weiteren Vorfall schützen zu können. Vergeblich trachten die valutastarken Länder durch Einfuhrverbote und immer höhere Schutzzölle die Konkurrenz abzuwehren. Sie erreichen dadurch nicht das Ziel, sondern vermehren das Uebel, indem sie die Aufnahmefähigkeit aller Märkte herabsetzen. In dieser Lage wird die Wiederherstellung der Wirtschaft gleichermaßen zu einem internationalen, wie zu einem nationalen Problem.

International bedarf es der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages:

1. **Durch Ermöglichung der Wiedergutmachung durch möglichst umfangreiche Umwandlung der Bauleistungen in Sachleistungen.**
2. **Durch Stabilisierung der Währungsverhältnisse.**
3. **Durch Gewährung eines Zahlungsaufschubes bis zur Erholung der deutschen Wirtschaft,**

National ist notwendig:

1. **Die Sanierung des Staatshaushaltes und die Stilllegung der Notenpresse, deren Tätigkeit sich als eine scharfe indirekte Steuer auswirkt.**
2. **Zur Aufbringung der Reparationslasten die Erfassung der Sachwerte, d. h. die Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln.**
3. **Ausbau der Sozialpolitik zur Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft.**

Der Kongreß stellt sich mit allem Nachdruck hinter die von den Vorständen des ADGB. und der Afa aufgestellten zehn Punkte und **fordert die Spitzenverbände auf, mit allen Mitteln für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten.**

Die Verwirklichung aller dieser Forderungen würde zwar die Lösung dieser Krise beschleunigen, aber selbst sie könnte die Wiederkehr von Krisen nicht verhindern. Nur eine planmäßige Organisation aller Wirtschaftskräfte durch die Gesellschaft, wie sie der Sozialismus fordert, würde die Produktivkräfte der ganzen Welt nutzbar machen, eine Wiederkehr von Krisen vermeiden und erst die Voraussetzungen für eine gesicherte Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen gewährleisten.

Der ADGB. gegen „wilde Streiks"

Der ADGB. hat „wilde Streiks" selbst verschuldet — Ersatz für die abgelehnte Schlichtungsordnung — Vertrauliches Rundschreiben des ADGB.

Vor einigen Tagen ist von den Gewerkschaftsvertretern im Reichswirtschaftsrat der Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung, die das Streiken der Arbeiter unmöglich machen wollte, mit einer großen Geste als arbeiterfeindlich abgelehnt worden. Was dort die Gewerkschaftsvertreter unter dem Druck des Willens der breiten Arbeitermassen ablehnen mußten, wird nun in einer anderen Form von den Gewerkschaftsvorständen freiwillig unter der Firma des ADGB. durchgeführt. Die Gewerkschaftsvorstände nehmen der Bourgeoisie das gefährliche Geschäft, die Arbeiterschaft zu knebeln, ab und erlassen selbst

eine neue Schlichtungsordnung für die Gewerkschaften,

an der die Unternehmer ihre helle Freude haben werden. Anders kann untenstehendes vertrauliches Rundschreiben, das vom ADGB. an die gewerkschaftlichen Ortsvorstände und Bezirksleiter versandt wird, nicht gewertet werden.

*

Vereinbarungen der deutschen Gewerkschaften über gemeinsames Vorgehen bei wilden Streiks

Die wilden Streiks sind geeignet, sowohl das Ansehen wie auch die Stoßkraft der Gewerkschaften (der Arbeiter, Angestellten und Beamten) erheblich zu schwächen. **Sie schädigen zudem das deutsche Wirtschaftsleben in unverantwortlicher Weise** und bringen fast nie den verantwortungslos und diszipliniös Streikenden den erhofften Erfolg.

Die Anstifter (!!) solcher wilden Streiks und Putsche (!!) sind zudem meistens keine Gewerkschaftler (!), sondern Leute, die im Trüben fischen und die Arbeiterschaft für andere als gewerkschaftliche Zwecke mißbrauchen wollen. Die unterzeichneten Gewerkschaften sind scharfe Gegner der wilden Streiks, und vereinbaren zu ihrer Abwehr, **unbeschadet der Einzelstimmungen in den Streikreglements** der angeschlossenen Verbände, folgende gemeinsame Richtlinien:

1. **Die Arbeitsniederlegung ist nur als letztes und äußerstes Mittel** zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, oder zur Abwehr von Verschlechterungen anzuwenden. Vorher sind alle Möglichkeiten, auf friedlichem Wege durch unmittelbare Verhandlungen oder durch Anrufung von Schlichtungsstellen den gewollten Zweck zu erreichen, voll zu erschöpfen.

2. Alle Gewerkschaftsmitglieder haben die Verpflichtung, ehe sie mit gemeinsamen Forderungen an den einzelnen Unternehmer oder an die Arbeitgeberorganisation herantreten, sich mit den Orts- und Bezirksverwaltungen zu beraten. Ueber das Resultat dieser Beratung ist den Verbandsvorständen sofort Mitteilung zu machen. Bei der Aufstellung der Forderungen ist zu berücksichtigen:

a) **die allgemeine Lage** und der Beschäftigungsgrad des Unternehmers bzw. der Unternehmungen,

b) **die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten** im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten,

c) daß alle sonstigen wichtigen Umstände dafür sprechen, daß durch die Arbeitsniederlegung der gewünschte Erfolg auch wirklich erreicht wird.

3. Die Forderungen dürfen erst dann an die Arbeitgeber eingereicht werden, nachdem sie den zuständigen Zentralverbänden vorher übermittelt wurden und deren Zustimmung erhalten haben.

4. Vor der Arbeitsniederlegung muß unter allen Umständen unter den beteiligten Arbeitnehmern innerhalb ihrer örtlichen oder bezirklichen Organisation eine geheime Abstimmung stattfinden. Der Streik gilt nur dann als beschlossen, wenn von den in Frage kommenden Mitgliedern mindestens ich drei Viertel in der geheimen Abstimmung dafür erklären. Vor der Abstimmung sind den Beteiligten durch die verantwortlichen Orts- und Bezirksleitungen die Entscheidungen der Zentralvorstände bekanntzugeben, sowie die geltenden Bestimmungen über die Durchführung und Unterstützung des Streiks mitzuteilen.

5. **Alle Streiks,** die nicht nach den vorbezeichneten Richtlinien eingeleitet oder gar plötzlich vom Zaune gebrochen werden, **haben als wilde Streiks zu gelten,** die von keiner Gewerkschaft unterstützt werden dürfen. Solche wilden Streiks sind sofort den Zentralvorständen seitens der verantwortlichen Orts- und Bezirksverwaltungen mitzuteilen.

6. Bei Ausbruch wilder Streiks treten die in Betracht kommenden Orts- bzw. Bezirksverwaltungen aller Organisationseinrichtungen zu gemeinsamer Beratung zusammen und vereinbaren,

a) **daß der wilde Streik von keiner der Gewerkschaften finanziert wird, auch nicht durch Sammlungen oder aus den Lokalkassen,**

b) **wie am besten und für die Arbeitnehmer am vorteilhaftesten der Streik zu einem guten und schnellen Ende gebracht wird. Rein agitatorische Gesichtspunkte müssen hierbei unbedingt zurückgestellt werden,**

c) **für die gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitnehmer besteht im Falle eines wilden Streiks die Verpflichtung, getreu der Organisationsparole, die Arbeit nicht niederzulegen hzw. dieselbe sofort wieder aufzunehmen. Hat die Arbeitsniederlegung gegen den Willen der Organisation bereits stattgefunden, so haben die örtlichen bzw. wirklichen Führer in den Betrieben oder Mitgliederversammlungen die Verpflichtung, die Gewerkschaftsmitglieder in klarster Weise darauf hinzuweisen, daß sie die Arbeit aufzunehmen haben, da ihnen die Streik- bzw. Maßregelungsunterstützung nicht gewährt werden darf.**

*

Den Standpunkt, den hier der ADGB. vertritt, gleicht jener bekannten Auffassung reaktionärer Staatsmänner und Politiker, die die Rebellion und Aufstände unterdrücken und hungernder Massen lediglich als ein Werk einiger „Hetzer" bezeichnen. Wir Kommunisten sind sicher keine Anhänger von „wilden" Streiks, stehen niemehr immer auf dem Standpunkt, daß die Kämpfe der Arbeiterschaft in großen einheitlich geleiteten Massenaktionen durchgeführt werden müssen. Will man dieses Ziel erreichen und die „wilden" Streiks unmöglich machen, dann genügt es nicht, diese im Stile einer polizeilichen Verordnung zu „verbieten", sondern man muß die wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinungen beseitigen resp. bekämpfen.

Hierin liegt die Schuld der Gewerkschaftsführer. Wir fragen, was haben sie bis jetzt getan, um den in Tausenden von Arbeiterversammlungen stürmisch geforderten Kampf gegen die Teuerung, gegen die Ausbeutung, gegen die Verelendung der Arbeiterschaft aufzunehmen? Was hat der ADGB. getan, um sein in der bekannten Resolution vom 18. August 1921 aufgestelltes Programm, Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kämpfe unter einheitlicher Leitung, durchzuführen? Was haben die Gewerkschaftsvorstände seit dem 16. November getan, um den Kampf für die von ihnen aufgestellten zehn Steuerforderungen, die sie selbst als Mindestforderungen bezeichneten, einzuleiten?

Nichts wurde getan, oder besser, gerade gegenteilige Maßnahmen getroffen. Systematisch wurde von den Gewerkschaftsvorständen jeder größere und einheitliche Kampf verhindert und die Kraft des Proletariats in vielen Einzelbewegungen nutzlos vergeudet. Statt zu kämpfen, haben sich die Gewerkschaftsführer auf wochen- und monatelange Verhandlungen verlegt, bei denen in der Regel so wenig herauskam, daß die Arbeiter bei der steigenden Teuerung am Ende einer Bewegung immer schlechter standen als am Anfang.

Dadurch wurde erst die Stimmung für die „wilden" Streiks erzeugt. In ihrer Verzweiflung sahen die Arbeiter an vielen Orten nach dem Versagen der Gewerkschaften den einzigen Ausweg in einer plötzlichen Niederlegung der Arbeit. Und die „Anstifter" dieser „wilden" Streiks sind entgegen der Behauptung des ADGB. meist langjährige Gewerkschaftsmitglieder und Angehörige aller drei proletarischen Parteien.

Was will der ADGB. mit seinem Rundschreiben bezwecken?

Er will ganz im Sinne der Schlichtungsordnung den unausbleiblichen Kampf der Arbeiterschaft hemmen und verhindern. Dies geht unzweideutig aus seinem Hinweis auf die „Schädigung der deutschen Wirtschaft" hervor. Auf derselben Linie liegt auch das Verlangen, daß „unbeschadet der bestehenden statutarischen Bestimmungen" überall ein Streik in geheimer Abstimmung mit ¾-Mehrheit der Beteiligten beschlossen werden muß, obwohl in den meisten Verbänden nur eine ⅔-Mehrheit vorgeschrieben ist. Gegen dieses hinterhältige Rundschreiben, gegen die Methode, jeden Kampf abzuwürgen und die Gewerkschaftsmitglieder noch mehr als bisher zu fesseln, muß die gesamte Arbeiterschaft Protest einlegen; sie muß ihre Gewerkschaftsführer zwingen, daß sie nicht durch bureaukratische „Erhebungen", wochenlange „Beratungen" und ellenlange „Berichte" an die Vorstände jeden erfolgreichen Kampf unmöglich machen. Nur durch schnelles, energisches und den heutigen Verhältnissen angepaßtes Handeln seitens der Gewerkschaftsleitungen kann der Arbeiterschaft geholfen werden. Das und nichts anderes ist das Gebot der Stunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0002

Für den Reichsbetriebsrätekongreß

Die Sechserkommission an den Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter in Leipzig

Werte Gewerkschaftskollegen! Am 23. November d. J. luden eine ganze Reihe von **Betriebsdelegationen** aus dem Reiche die Berliner Betriebsräte zu einer Aussprache ein und ein sehr großer Teil der Berliner Betriebsräte folgten dieser Einladung. Die Versammlung zeigte **klar und deutlich**, wie tief bereits die Gärung innerhalb breiter Kreise der Arbeiterschaft ist, **wie der wachsende wirtschaftliche und politische Druck einen starken Willen zur Bildung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats erzeugt.** Aus diesem Willen heraus setzte die Versammlung eine Kommission von sechs Genossen ein, mit dem Auftrage, an den ADGB. und an die Afa heranzutreten mit dem Verlangen, daß binnen 14 Tagen ein **Reichsbetriebsrätekongreß** einberufen werden soll. Aus der beiliegenden Resolution geht hervor, welche **Fragen** dieser Betriebsrätekongreß zu behandeln hätte. Und aus der ganzen Stimmung der Versammlung ging hervor, daß es sich bei diesem Betriebsrätekongreß nicht um die akademische Diskussion irgendwelcher Probleme handeln soll, **sondern um die Auszarbeitung eines einheitlichen, energischen zielklaren Kampfplanes zur Durchführung der neuerdings von den Gewerkschaften aufgestellten 10 Punkte, und die weiteren Forderungen der Berliner Resolution.**

Die „Freiheit" schrieb am 24. November dazu:

„Ein Betriebsrätekongreß, der sich geschlossen hinter die Forderungen des ADGB. und unserer Partei **in den schwebenden Fragen der Steuerpolitik und den übrigen wichtigen politischen Fragen stellt, wäre eine außerordentlich wirksame Kundgebung** der Arbeiterklasse."

Am 1. Dezember hat der ADGB., die Afa und die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale durch beiliegende Schreiben öffentlich geantwortet. Sie **lehnen** die Einberufung eines öffentlichen Betriebsrätekongresses mit dem Hinweis auf die Kosten **ab**, — ein Grund, der angesichts der Wichtigkeit dieses Kongresses unseres Erachtens nach keine ausschlaggebende Rolle spielen dürfte.

Kollegen! Ihr kommt aus Tausenden von Betrieben einer der wichtigsten Industrien jetzt in Leipzig zusammen. Ihr wißt, **wie** es heute in der Arbeiterschaft aussieht, wie die Arbeitskollegen durch Not und Elend immer weiter zu wirtschaftlichen und auch politischen Teilaktionen getrieben werden, in denen sich die proletarische Kraft vergeudet. Wir **müssen versuchen, zu einer einheitlichen Kampffront** zu gelangen, und da ist der nächste Schritt unserer Meinung nach die Einberufung dieses allgemeinen Betriebsrätekongresses, dessen Tagesordnung als Mittelpunkt die **Wirtschafts- und Steuerkämpfe** haben müßte.

Unterstützt diese unsere Forderung, die Forderung von Tausenden von Berliner Betrieben, auf Eurem Kongreß — und **Euer Ja** kann sehr viel helfen, die Einheitsfront des Proletariats bald herbeizuführen. Euer **Nein** kann ein Hemmnis werden und der ganzen Bewegung schaden. Wir aber haben Vertrauen zu Eurem proletarischen Solidaritätsgefühl und erwarten die umgehende Antwort Eures Kongresses.

Mit proletarischem Gruß!

Die Sechserkommission.

gez. Liese und Eli (SPD.), Schmidt und Flesch (USPD.), Krause und Koslowski (KPD.).

Als Vorsitzender: **Louis Flesch, Allg. Ortskrankenkasse,** Köpenicker Straße 80—82.

Der Jagomprozeß

Heute vormittag beginnt vor dem **Leipziger Reichsgericht** die Verhandlung gegen die Führer und Teilnehmer des **Kapp-Putsches**, derzeit man habhaft geworden ist. Die Anklage wird erhoben wegen versuchten und vollendeten **Hochverrats** gegen:

1. den Regierungspräsidenten z. D. Traugott Achna von Jagow, 56 Jahre alt, ledig, unbestraft, „wohnhaft" in Potsdam, mit Untersuchungshaft verschont gegen eine Sicherheit von 500 000 Mark;

2. den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Konrad Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel, 72 Jahre alt, Witwer, unbestraft, in Untersuchungshaft gewesen vom 9. bis 22. Oktober 1921, mit weiterer Untersuchungshaft verschont gegen eine Sicherheit von 500 000 Mark;

3. gegen den Arzt und Schriftsteller Sanitätsrat Dr. Georg Wilhelm Schiele, Naumburg.

Die Anklage wird erhoben nach §§ 81, Ziffer 2, 82, 47 StrGB.

Angeblich werden Jagow und Wangenheim, deren Aufenthaltsort noch verschwiegen wird, auf jeden Fall morgen erscheinen.

Zu dem Prozeß sind 83 Zeugen geladen, darunter u. a. Ludendorff, Seeckt, Oven, Reinhardt, Noske, Schiffer, Heinze, Winnig, Hergt, Stresemann.

Nach allem, was vorhergegangen ist, ist anzunehmen, daß der Prozeß nichts anderes sein wird, als eine grandiose Komödie. Allerlei Betrachtungen von der rechtsstehenden Seite lassen schon heute erkennen, nach welchen Grundsätzen die Richter urteilen werden. Da schreiben sich Juristen die Hände wund, um zu beweisen, daß ein Hochverrat schon deshalb nicht vorliegen könne, weil das geltende Gesetzbuch aus der vorrevolutionären Zeit stamme. Und das, nachdem in den drei Jahren nach der Revolution ohne jeden juristischen Strupel Hunderte und Tausende von Arbeitern wegen angeblichen Hochverrats in die Gefängnisse und Zuchthäuser geschickt hat.

Zum Beamtenvertretungsgesetz

Der Beamtenausschuß des Reichstages nahm am Sonnabend, dem 3. Dezember, in einer allgemeinen Aussprache Stellung zu dem Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen. Die Aussprache hat gezeigt, daß die Regierung gar nicht daran denkt, den Beamten auch nur annähernd die Rechte zu gewähren, die die Betriebsräte in dem immerhin unvollkommenen Betriebsrätegesetz bereits schon haben.

Die Aussprache stellte zwei Kernfragen des Beamtenvertretungsgesetzes in den Vordergrund: erstens, wie weit die Regierung das Schlichtungswesen eines Beamten-Schlichtungsausschusses befürworten und mitmachen, zweitens, inwieweit das Mitwirkungsrecht den Beamten durch die Beamtenvertretung zugesprochen werden kann. Die Regierungsvertreter wandten sich im allgemeinen gegen die Schlichtungsausschüsse, soweit sie bindende Schiedssprüche in Beamtenstreitfällen fällen sollen. Begründet wurde diese Stellungnahme der Regierung mit dem Hinweis, daß das Verhältnis der Beamten zur Regierung ein ganz anderes sei, als das der Arbeiter gegenüber der Unternehmer. Der Sinn des Betriebsrätegesetzes könne bei dem Beamtenvertretungsgesetz deshalb in keiner Beziehung in Betracht kommen. Die Regierungsvertreter bemühten sich nach Kräften, den Nachweis zu erbringen, daß die Schiedssprüche die verhängnisvollsten Folgen für das reibungslose Arbeiten der Staatsmaschine haben könnten. Gegen Schlichtungsausschüsse mit gutachtlichem Charakter wird voraussichtlich die Regierung nichts einzuwenden haben.

Es ist offensichtlich, daß Schlichtungsausschüsse, die keine bindenden Urteile für die Regierung sowie die Beamten aus Prestigegründen der Regierung oder deren leitenden höheren Beamten fällen dürfen, sondern nur gutachtlich zu hören sind, für die Beamtenschaft keine Bedeutung haben und dadurch überflüssig und widersinnig sind. Auch das Mitwirkungs- oder Mitbestimmungsrecht der Beamtenvertretungen soll stark eingeschränkt werden. Die bürgerlichen Parteien waren der Meinung, daß wohl über die Regelung des Uniformtragens oder in der Urlaubsregulierung usw. eine Mitwirkung der Beamten zu begrüßen ist. Abgeordneter Steinkopf von der SPD. war der Meinung, daß dem Mitbestimmungsrecht der Beamten eine Grenze durch die Erfordernisse des Dienstes gesetzt ist. Auch der Abgeordnete Allekotte vom Zentrum war der Meinung, daß das Mitbestimmungsrecht der Beamten nur gelöst werden könnte, wenn die Verantwortung damit verknüpft würde.

Im großen und ganzen kann jetzt schon gesagt werden, daß das Beamtenvertretungsgesetz bei der weiteren Beratung einen harten Kampf um die Rechte der Beamtenschaft auslösen wird. Aufgabe der Beamtenorganisationen wird es sein, mit allem Nachdruck für ein wirkliches Beamtenvertretungsgesetz zu wirken, damit den Beamten die gleichen Rechte gewährt werden, wie es heute bei den Arbeitern und Angestellten bereits der Fall ist.

Die Spezialberatung des Gesetzentwurfs im 23er Ausschuß wird noch Gelegenheit geben, des näheren auf das Gesetz einzugehen.

Ausland

Streik der Telephonmechaniker

Wien, 6. Dezember. Vormittags gegen 10 Uhr traten die hiesigen Telephonmechaniker, etwa 600 an der Zahl, infolge unbefriedigenden Verlaufes der Verhandlungen mit der Staatsverwaltung wegen Erhöhung gewisser Nebengebühren in den Ausstand und schalteten die Akkumulatoren aus, sodaß der gesamte Telephonverkehr unterbrochen wurde. Da infolge des Ausstandes der Mechaniker die Telegraphenanlagen in der Telephonzentrale nicht besetzt waren, mußte auch der Telegraphendienst eingestellt werden. Alle übrigen Gruppen der Telegraphen- und Telephonanstalten schlossen sich dem Ausstande nicht an. Um 7 Uhr abends war der Ausstand beendet.

Die verhungernden Arbeiter Indiens. Aus **London** wird gemeldet: In der indischen Stadt Jharia ist kürzlich ein indischer Gewerkschaftskongreß zusammengetreten. Auf dem Kongreß wurde die furchtbare Ausbeutung des indischen Proletariats durch die englischen Kapitalisten geschildert. So erhalten die Bergleute im Gebiet von Jharia, wo der Kongreß stattfindet, nur wenige Pfennige Tagelohn, sie wohnen in elenden Höhlen und ihre Kinder verhungern. Anläßlich der Eröffnung des Gewerkschaftskongresses fand eine Riesenkundgebung statt, an der 80 000 Personen teilnahmen. Die Bergleute legten zu Ehren des Kongresses die Arbeit nieder.

Kommunistenprozeß in Lodz. Lodz, 5. Dezember. **Hier** haben die Verhandlungen im Prozeß gegen die 31 Kommunisten begonnen, denen zur Last gelegt wird, für die Einführung der Räteregierung in Polen Propaganda getrieben zu haben. Der Prozeß hat lebhaftes Interesse hervorgerufen. Bei der ersten Gerichtssitzung waren sämtliche Angeklagten, von denen sich einige in Freiheit befinden, anwesend. Die Verhandlungen werden aller Wahrscheinlichkeit nach mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Kommunistischer Erfolg bei den englischen Metallarbeitern. Aus **London** wird gemeldet: Der englische Maschinenbauerverband hat durch Urabstimmung den Posten seines zweiten Sekretärs besetzt. Der Rechtssozialist **Glennie** erhielt 50 000 Stimmen und der Kommunist **Mac Laine** 45 000. Bei den Verhältnissen in den englischen Gewerkschaften muß man dieses Abstimmungsergebnis als sehr günstig betrachten.

Gewerkschaftliche Nachrichten

Holzindustrie. Am Mittwoch, dem 7. Dezember, abends 7½ Uhr findet in der „Erholung", Martinsberg, eine Gruppenversammlung der Betriebsräte statt.

Vom Tage

Großschieber. **München**, 3. Dezember. Ein Bankiersohn und ein Versicherungsagent von hier wurden wegen Ausgabe von Petroleumaktien für 15 Millionen Lei festgenommen. Das im Dezember 1919 begründete Unternehmen bestand nur in ihrer Phantasie. Auch ein hiesiger Ingenieur wurde verhaftet, weil er dem Agenten zwecks Steuerhinterziehung 4000 Dollar amerikanische Kriegsanleihe und 900 000 Gulden Anteilscheine zum Verkauf übergeben hatte.

Mord. **Berlin**, 6. Dezember. Letzte Nacht warf ein Unbekannter am Engeufer eine Frau über die Böschung in den Kanal, die ertrank. Der Täter entkam.

Verurteilte Falschscheindrucker. **Frankfurt a. M.**, 6. Dezember. Das Schwurgericht verurteilte eine achtköpfige Falschscheindruckerbande (50- und 1000 Mark-Scheine) von einem bis zu dreieinhalb Jahren Gefängnis, teilweise auch zu langjährigem Ehrverlust.

Großes Zugunglück. **Philadelphia**, 6. Dezember. Auf dem Bahnhof von Paer Hill sind zwei Personenzüge zusammengeflossen. Die erste Meldung berichtet von neun Toten und vielen Verletzten. Da die Wagen in Brand gerieten, sollen mehrere Personen verbrannt sein.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krah. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle Merseburg, e. G. m. b. H. Leipzigerstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Kommunistische Ehrengerichte

Von J. S.

Zum ersten Male hat die Kommunistische Partei Rußlands eine Maßnahme ergriffen, die etwas ganz Neues in der Arbeiterbewegung darstellt — die Parteireinigung. Die Durchführung der Parteireinigung gestaltete sich zu einem allgemeinen kommunistischen Ehrengericht. Genossen, welche keine genaue Kenntnis der Psyche der russischen Kommunistischen Partei hatten, standen dieser Parteireinigung äußerst skeptisch gegenüber, und ich wage zu behaupten, daß selbst die maßgebenden Stellen in der russischen Kommunistischen Partei die ungeheure Bedeutung dieses Schrittes erst nach der Durchführung erkannt haben.

Ueber die Notwendigkeit einer gründlichen Kontrolle der Parteimitglieder hat wohl nie ein Zweifel bestanden. In einem proletarischen Staat, wo die maßgebenden Regierungsstellen von einer Partei besetzt sind, ist es notwendig, daß die Mitglieder dieser Partei völlig rein und makellos dastehen. Auch ist man sich darüber klar, daß in den vier Jahren der proletarischen Herrschaft manche Elemente in der Kommunistischen Partei Unterschlupf gefunden haben, die persönlicher Vorteile halber Mitglieder geworden sind. Im August des vorigen Jahres hat aus diesem Grunde das Zentralkomitee der Partei eine gründliche Kontrolle angeordnet, bei der eine gute Siebung stattgefunden hat.

Die diesjährige Reinigung der Partei ist aber unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen vor sich gegangen. Nicht allein, daß man das Vorleben eines jeden einzelnen Mitgliedes bis ins kleinste hinein sondiert hat, — nein, man stellte auch mit ihnen ein regelrechtes Examen an und unterzog vor allem ihre Parteitätigkeit einer gründlichen Untersuchung. Hierbei wurde besondere Rücksicht auf die Arbeiterschichten mit gewöhnlicher Volksschulbildung genommen, während die Intellektuellen äußerst scharf gesiebt wurden. Kommunisten, welche aus der menschewistischen oder sozialrevolutionären Partei übergetreten sind, wurden nur in ganz seltenen Fällen — wenn sie sich hervorragend in der Partei betätigt hatten — in der belassen. Die Hilferding und Dauer, die schon von einem Eintritt der Menschewisten in die russische Regierung geträumt haben mochten, sind sicherlich ob dieser Maßnahme bitter enttäuscht worden. Statt, daß man den Menschewisten Konzessionen machte, wurden noch die mit einem menschewistischen Hauch versehenen Mitglieder aus der Kommunistischen Partei gefegt.

Was aber dieser Reinigung ein ganz besonderes Gepräge verlieh, war, daß dieselbe nicht von der Partei, sondern von sämtlichen Arbeitern der einzelnen Betriebe, also auch von den **Parteilosen** vorgenommen wurde. Die Leser werden sicherlich den Kopf schütteln, weil in einem anderen Lande ein derartiges Verfahren eben unmöglich wäre. Die russischen Kommunisten dagegen nehmen unzweifelhaft eine Sonderstellung in allen Betrieben ein — sie bilden die Elite der Arbeiterschaft. Ich erinnere mich des Ausspruchs eines Unparteiischen in der ersten Zeit meines Seins der gelegentlich einer kleinen Verfehlung eines Kommunisten sagte: „Es kann doch nichts Schlimmes gewesen sein, der angeschuldigte war ja Kommunist." Wie man über die Reinlichkeit, bzw. über die Notwendigkeit der Reinlichkeit eines Kommunisten in den Reihen der Unparteiischen denkt, kam ganz besonders bei dieser Reinigungsaktion zum Ausdruck. Man hörte von den Unparteiischen fast durchweg nur von „**Unserer Partei**" reden.

Die Aktion selbst wurde überall äußerst ernst genommen. Von der Parteileitung war eine besondere Instruktion ausgegeben worden, nach der die Reinigung vorgenommen wurde. Die einzelnen Betriebe hielten wochenlang Versammlungen ab, die bis in die späte Nacht andauerten. Jeder Kommunist und Kandidat hatte einen genauen Lebenslauf einzureichen, in dem besonders seine bisherige Parteitätigkeit angeführt war. Außerdem mußte jeder zwei einwandfreie Bürgen für die im Lebenslauf geschilderte Parteitätigkeit beibringen. Auf Grund dieses Lebenslaufes, der vor allem auch den Bildungsgrad des zu Prüfenden enthielt, wurden dann die Anforderungen festgesetzt. Von den Genossen mit größerer Bildung wurde unter anderem eine längere Parteizugehörigkeit verlangt. Sonst ist im allgemeinen auf die Dauer der Parteizugehörigkeit weniger Wert gelegt worden. Ganz besonders ist das proletarische Verhalten der Kommunisten in ausgiebiger Weise analysiert worden. Es war bisweilen eine Wäschereinigung, die bis ins kleinste ausgedehnt wurde. Aus den verschiedenen Tenors, die zur Begründung der Ausgeschlossenen verfaßt wurden, will ich hier einige besonders markante Fälle hervorheben:

1. Ausschluß ist erfolgt, weil er den Kontakt mit den Massen verloren hat und seine Lebensweise einen kleinbürgerlichen Charakter angenommen hat. (Dieser Tenor wäre namentlich in Deutschland bei einer großen Anzahl von Gewerkschaftsbonzen angebracht, die das Proletarierleben überhaupt nur noch vom Hörensagen kennen.)

2. Wegen ungenügender Kenntnis der kommunistischen Lehre und der Parteibewegung (verschiedene Genossen haben, wie junge Studenten vor dem Examen, nächtelang am Abc des Kommunismus geochst).

3. Unkommunistisches Verhalten: Er war trotz der Verfügung der Partei die besagte, daß alle Goldsachen seitens der Kommunisten zur Verfügung der Hungerhilfe zu stellen sind, noch im Besitz mehrerer goldener Schmucksachen.

4. Unehrlichkeit. (Ein politischer Hauskommissar hatte eine Flasche Wein geschenkt erhalten und dem Geber später ein besseres Zimmer zugewiesen.)

5. Unzuverlässigkeit. (Der gewinnige Genosse — ein Intellektueller — welcher erst nach der Oktoberrevolution aus der menschewistischen Partei in die kommunistische eingetreten war. Interessant ist in diesem Falle die Begründung der Zelle, die aus 9 bis 10 Parteilosen bestand: „Der Betreffende mußte als Intellektueller schon vor der Oktoberrevolution wissen, daß die Bolschewiki die einzige richtige Partei des Proletariats ist.) Allerdings war noch in der Begründung angegeben, daß der Ausgeschlossene nicht seine ganze Kraft der Partei zur Verfügung gestellt hat. Bei Arbeitern mit gewöhnlicher Schulbildung war dies nur in seltenen Fällen ein Grund zum Ausschluß.

Aus diesen einzelnen herausgegriffenen Fällen ist zu ersehen, wie der Parteilose in Rußland über die Kommunistische Partei denkt. Die Reinigung stellte ein Ehrengericht dar, welches von den Proletariern äußerst ernst genommen wurde. Daß auch einzelne Mißgriffe vorgekommen sind, war selbstverständlich nicht zu vermeiden, weil in sehr vielen Fällen die Kommunisten Posten einnehmen, die an und für sich großen Anfeindungen ausgesetzt sind. Von der Jaschenya (Zelle) geht die Reinigungsliste erst nach der Rayonkommission, dann nach der Gouvernementskommission usw., während die letzte Entscheidung in der Zentralkommission für Parteireinigung gefällt wird. So ist eine Berufung und nochmalige genaue Prüfung möglich.

Die Bedeutung dieser einschneidenden neuen Maßnahmen in der Parteibewegung ist aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Von den Sozialisten und Menschewisten aller Färbungen wird bei ihrer antibolschewistischen Propaganda besonders ins Feld geführt, daß in Rußland nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Partei herrsche. Gut. Es soll dies nicht bestritten werden. Aber zeigt uns nicht dieser Fall recht eindeutig, daß die gesamte Arbeiterschaft sich ihre Diktatoren, wenn wir dieses Wort beibehalten wollen, selbst erwählen? Zeigt uns das große Interesse, welches auch allerorts der Reinigungsaktion entgegengebracht worden ist, nicht deutlich, daß die gesamte Arbeiterschaft die Kommunistische Partei als diejenige Institution ansieht, welche allein berufen ist, die Diktatur, d. h. den Allgemeinwillen des Proletariats, durchzuführen? So sehen wir, daß in Rußland **die Diktatur der Partei in Wirklichkeit die Diktatur der gesamten arbeitenden Massen ist.**

Dann kommt noch eins dazu. Es soll sich ja niemand einbilden, daß der Kommunist in Rußland eine beneidenswerte Stellung einnimmt. Im Gegenteil wird von den russischen Genossen Ungeheures gefordert. Für den russischen Kommunisten gibt es keine freie Arbeitswahl; er steht zur Verfügung der Partei und hat dorthin zu gehen, wohin er geschickt wird. Für ihn gibt es keine sechs- oder achtstündige Arbeitszeit — sie ist für ihn unbegrenzt. Der Kommunist verdient in den meisten Fällen auch nicht den zehnten Teil dessen, was Unparteiische an Lohn erhalten. Zudem all kommt die einwandfreie Lebensführung, das Verzagen jeglichen Luxus, die Forderung der größten Opferwilligkeit, die nur das allernotwendigste beläßt, die schweren Strafen, die seiner bei der geringsten Verfehlung harren. Ein Fall ist ganz besonders charakteristisch, wo ein alter Parteigenosse seinen Austritt aus der Partei vollzieht, weil er sich noch nicht würdig genug fühlt und nicht mit ansehen kann wie seine Familie hungert — weil seine Einkünfte als Kommunist nicht genügen, seine Familie zu ernähren.

Eine Partei, welche auf diesen Grundsätzen aufgebaut ist, die sich die Achtung der gesamten Arbeiterschaft durch die strengsten Anforderungen an den persönlichen Lebenswandel ihrer einzelnen Mitglieder stellt, zu erringen versteht, wird auch die gefährlichsten Klippen überwinden können — sie wird allen Stürmen widerstehen.

Genossen, tut ihnen nach!

An die sozialdemokratischen Opportunisten

Die Zeit zum Handeln jedesmal vergessen,
Nennt ihr: die Dinge sich entwickeln lassen.
Was hat sich denn entwickelt, sagt mir an,
Das man zur rechten Stunde nicht getan?

Goethe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0003

Gr. Weihnachts-Verkauf

in allen Abteilungen.

Pelz-Waren

Alaska-Fuchs	moderne, grade Form	775,00
Seal-Electrik-Kragen	schicke Roll-Form	475,00
Skunks-Kanin-Kragen	Fuchs-Form	175,00
Skunks-Kanin	großer, runder Kragen	225,00
Murmel-Kanin	modernes Schulter-Kragen	350,00
Astrachan-Garnitur	moderne Form, Muff u. Kragen	98,00
Baäfisch-Garnitur	Skunks-Kanin, Muff u. Kragen	255,00
Kinder-Garnitur	weiß Kanin, Muff u. Kragen	78,00
Kinder-Garnitur	aus Plüsch, Muff u. Kragen	39,00
Herren-Kragen	Schalform	165,00
Knaben-Kragen	Skunks-Kanin, runde Form	58,00

Porzellan-Tassen	bunt dekor., od. mit Goldrd., m. Unterl.	6,75
Porzellan-Kuchenteller	m. bunt. Dekor	12,75
Kaffee-Service	für 6 Personen, 9-teilig	75,00
Satz-Schüsseln	Steingut, weiß, 7-teilig, Satz	24,00

Damenhemden	aus gutem Hemdentuch, mit Langette und Stickerei 45,50	39,75
Damenstrümpfe	schwarz u. leder Paar	9,75
Damenstrümpfe	m. verstärkter Ferse u. Spitze Paar	14,75
Frauenstrümpfe	starke schwarze Qualität Paar	21,75
Herrensocken	grau, starke Qual. Paar	16,75
Damen-Taschentücher	i. Karton 3 Stck. 19,75	16,00
Kavalier-Taschentücher	Seide moderne Farben	10,75 6,00
Kinder-Sweater	28,50	23,50
Damen-Westen	schwarz	48,00
Damen-Schlupfhosen	gute Qualität	49,50
Reform-Hosen	für Damen d'blau	75,00
Weihnachtskarton	enthaltend 3 Stück gute Toilettenseife Karton	16,50
Breite Selbstbinder	schöne Muster Stck.	14,75
Strickbinder	mod. Längsstreifen Stck.	19,75
Kragenschoner	Kunstseide Stck.	29,75
Gummi-Hosenträger	m. Lederstrippe P.	12,50

Untertaillen	aus feinsäd. Stoffen, m. breit. Stickerei 24,75	19,75
Damen-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen	12,75
Damen-Handschuhe	mit 2 Druckknöpfen, aus starkem Trikot	24,75
Herren-Handschuhe	mit 1 Druckknopf, aus extra starkem Trikot, Paar	29,75
Herren-Handschuhe	Leb.-Imitat. Paar	32,75
Kinder-Taschentücher	kariert Stck. 4,75	3,95
Herren-Taschentücher	bunt 6,75	5,75
Schürzen	Wiener Form, a. blau-weiß gewpft. od. gestreift. Stoffen	24,75
Blusen-Schürzen	hell u. dkl. gestr. m. Besatz u. Taschen	29,75
Damen-Korsetts	Drellstoff, lg. schlank-machend. Form, m. Strumpfhalt. 69,00	49,75
Damen-Korsetts	a. gut. Drell, lg. gutl. Form, 59,00	45,00
Weihnachtskarton	enthaltend: 1 Stck. feine Toilettenseife, 2 Flaschen Parfüm	14,50
Sportmützen	Stück	19,75
Schweden-Kappen	für Knaben	29,50
Herren-Filz-Hüte	mit kl. Fehlern, in viel. Farben	48,00
Herrenhüte	breite Formen 95,00	85,00

Damen-Konfektion

Schlüpfer	moderne, weite Form, aus kräftigem haltbarem Stoff Mark	185
Mäntel	aus gut., warmen Winterstoffen mit farb. Zierstepperei Mark 395 350	295
Astrachan-Mäntel	ganz auf Serge oder Kloth gefüttert Mark 695	550
Flausch-Mäntel	reine Wolle, elegante Verarbeitung in viel. mod. Farben Mark	695
Velour de Laine-Mäntel	m. Lacéband-Stepperei, vornehme gediegene Ausführung Mark	775
Tuch-Mäntel	hochelegante, vornehme Form, aus erstklassigem Stoff m. reich. Stickerei Mark 975	825

Kaffeemühlen,	braun Stück	23,50
Reibemaschinen	Stück	36,00
Kohlenkasten,	schwarzlackiert, mit schönem Dekor Stück	42,00
Aluminium-Töpfe	Satz, 6 Stück	160,00

Im 3. Stock
ist unsere schöne und übersichtliche
Spielwaren-Ausstellung
eröffnet.
Puppen-Reparaturen
werden sauber, schnell u. billig ausgeführt.

4460

Nußbaum

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

An den Sonntagen vor Weihnachten ist das Geschäft geöffnet.

Im 2. Stock
in unserer großen Spezial-Abteilung
Galanteriewaren
finden Sie
Weihnachtsgeschenke
in allen Ausführungen und Preislagen.

Zoo. Zoo.
Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr:
II. Geselliger Abend
für Dauerkarteninhaber.
Konzert, Vorträge, Ball.
Dauerkarteninhaber frei.
Karten für Verwandte u. Bekannte 6,— Mk.
Kinder haben keinen Zutritt.
*1424 (Geschäftsanzeige „Saale-Zeitung")

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 8. Dez. 1921:
Nichtöffentliche Vorstellung.
Freitag: 4473
Schönheit u. Jugend.

Waschkörbe,
billig und gut 1407
Korbgeschäft, Kriststr.
Vorgebäude.

Empfehle:
Pa. fettes Rollfleisch, Rouladen, Gehacktes, Knackwurst,
1287 und täglich:
Warme Knoblauchswurst und Würstchen.
A. Reinicke, Dessauer Straße 16.

Glühlampen, Taschenbatterien, Kochtöpfe, Kochplatten, Bügeleisen, Fußwärmer Heizöfen, Tischlampen, Elektromotore usw.
Ing. C. Prast,
Halle a. S., Riemenstr. 24.
Telephon 5280.

Gustav Lude,
Merseburger Straße 6,
empfiehlt 4432
Dauerhafte Damentaschen Portemonnaies Rucksäcke Brieftaschen und Hosenträger

Hausfrauen, spart Gas!
Warum sparen Sie sich über Ihr schlechtbrennendes Licht? *1397
Vorteil mit den enorm **hohen Gasrechnungen!**
Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher in keinem Haushalt fehlen darf.
Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend leicht **an jeder Gaslampe** befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage, ca. 50 % **Gas** (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbessert sogar bei dunklem Brennen die Helligkeit des **Gaslichtes** um ca. 200 %.
Die Apparate sind **tausendfach** erprobt und liegen Anerkennungen aus allen Kreisen vor.
Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe von Mark 26,—
E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorfer. Weg 17.
Vertreter an allen Orten gesucht!

Gr. Ulrichstraße 51.
Licht-Spiele
Fernspr. 4681.

Morgen! Donnerstag Erstaufführung Morgen!
11 Akte! Der große Doppel-Spielplan 11 Akte!

Die Nacht der tausend Seelen
Sensations-Drama. 5 Akte Aeußerst bewegte Handlung.
Außerdem: 4467
Die Tragödie der Turmglocke
6 Akte nach Zilga Bebés weltberühmtem Roman.

Der Titel der **Hauptdarstellerin,**
Panopta,
die weltberühmte Detektivin, läßt das ganze
Staunen u. Schauern
ahnen, das mit dem an
atemberaubender Spannung
strotzenden, grandiosen Filmwerk untrennbar verbunden ist. Des Schicksals gewaltigen Flügelschlag ahnt der Besucher, wenn dieses Filmwerk an seinen Augen vorüberzieht.

Einlaß 3½, Beginn 4.00 6.15 8.30 Uhr.

Schlaf-Zimmer, Küchen und einzelne Möbel
in allen Preislagen liefert
G. Schaible,
Gr. Märkerstraße 26
Neben Reiseller. 1[illegible]

Optische Anstalt
Karl Schneider
45 Gr. Ulrichstr. 45
Erstes Fachgeschäft f. moderne **Augengläser.**
Feinste nahtlose
Kneifer und Brillen
zu allen Preisen, 1[illegible]
Thermometer
Reißzeuge usw.
sowie alle optischen Artikel
Lieferung für alle Krankenkassen.

Reparaturen an Uhren
sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preis
H. Lerner, 1[illegible]
Uhren-Reparatur-Werkstätte
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße)

Ansichts-Postkarten
Volksbuchhandlung.

Meine in **Corbetha** bei Ammendorf schon gelegene
Wohnung
suche ich mit Stube, Kammer, Küche **in Halle zu tauschen.**
Zu erfragen bei **O. Kor[illegible]**
Halle a. S., Wolfmannstr. 1[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 7. Dezember 1921

Nachlese

Von der Millionenschuld Osterburgs, die durch seine Bewirtschaftung des Holzlagerplatzes als Dezernent der Ortskohlenstelle entstanden sein soll, ist es nach der Stadtverordnetenversammlung am Montag in den bürgerlichen Blättern wieder sehr ruhig geworden. Ihre Niederlage und Enttäuschung war so groß, daß sie die Sprache verloren hatten, so daß nicht einmal einer der bürgerlichen Stadtverordneten den leisesten Versuch wagte, wenn schon die Anschuldigungen gegen Osterburg nicht aufrecht erhalten werden konnten, einen gegeneigneten Rückzug anzutreten. Die bürgerliche Presse, die den Vorstoß in die Oeffentlichkeit gemacht hatte, war von ihren eigenen Parteigenossen ganz elend im Stich gelassen worden. Die Blamage war ungeheuerlich.

Um diese Blamage in der Oeffentlichkeit nicht gar zu fühlbar werden zu lassen, geht die gesamte bürgerliche Presse nun mehr oder weniger geschickt über die Osterburgsche Millionenschuld hinweg und versucht die Oeffentlichkeit auf die „Lärmszenen der Kommunisten" hinzulenken, die während der Beratung eines kommunistischen Antrages stattgefunden haben. Der kommunistische Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Hallischen Angehörigen der politischen Gefangenen eine laufende Unterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung für die Dauer der Inhaftierung zu zahlen.

Halle, den 21. November 1921.

Die Fraktion der KPD.

Günther. Mendorf. Lohse.

Schon während unsere Genossen diesen Antrag in sachlicher Weise begründeten, machte die bürgerliche Seite in ihrer hilflosen Wut über die schmachvolle Blamage die wüstesten Zwischenrufe und forderte durch ihr schamloses Benehmen unsere Genossen dauernd heraus. Der Vorsteher Keil, der wohl jeden Zwischenruf der Kommunisten sorgfältig registrierte, fühlte sich aber nicht veranlaßt, gegen die Herausforderungen seiner bürgerlichen Freunde einzuschreiten. Die Erregung bei der kommunistischen Fraktion wurde natürlich immer größer, bis schließlich Genosse Knauthe in erregten Worten seine tiefste Verachtung den bürgerlichen Heuchlern ins Gesicht schleuderte.

Und nun erste setzte der Lärm ein, nicht von kommunistischer Seite, sondern die Bürgerlichen tobten wie die Wilden. Zu der allgemeinen Unruhe kam noch hinzu, daß der hilflose Greis am Vorstandstisch mit übergeschnappter Stimme in den Saal hineinschrie und kommunistische Stadtverordnete beleidigte und herausforderte. Der bürgerlichen Presse war dieser Entrüstungssturmmel die willkommene Gelegenheit, die Oeffentlichkeit von ihren verleumderischen Lügen abzulenken.

*

Wie wir übrigens noch nachträglich in Erfahrung gebracht haben, soll ein Restbestand von den in Frage stehenden übriggebliebenen Bekleidungsstücke, die nicht alle abgesetzt wurden, im Werte von weit über 1000 Mk., dem hiesigen Stadtmagazin überwiesen worden sein. Das hat natürlich niemand, auch der Magistrat nicht, bekanntgegeben. — Gilt es doch, den Kommunisten eins auszuwischen.

Die Schlemmerdiele in der Großen Ulrichstraße

Vom Zentralvorstand der Hotel-, Restaurations- und Kaffeeangestellten werden wir um Aufnahme folgender Zeilen gebeten:

Der neue Luxusbetrieb, die „Horn-Diele" in der Großen Ulrichstraße, hat seine Pforten geöffnet. Die soliden Gastätten verschwinden durch Ankauf von Großbanken und anderen großkapitalistischen Unternehmungen, die durch Valuta- und sonstige größere Gewinne in der Lage sind, Riesensummen an die „potarmen" Gastwirte zu zahlen. Ja, die Entschädigungen für Wirte sind groß, während die Angestellten erbarmungslos auf die Straße gesetzt werden, um dann dem leeren Stadtsäckel mit der Erwerbslosenfürsorge zur Last zu fallen.

Der Inhaber der neuen Diele nahm keine Rücksicht auf die hiesigen arbeitslosen Kellner und Angestellten. Auswärtige Kräfte wurden für diesen Betrieb herangezogen. Wahrscheinlich, um den Tarifbruch zu fördern. Für Halle gibt es nur einkalkulierte Löhne der Kellner. Der frühere Geschäftsführer des „Cafe Zorn" kann bei seinem hohen, ja zum größten Teil höheren als ortsüblichen Preisen für Speisen und Getränke keine Löhne an das Bedienungspersonal zahlen, sie müssen 10 Prozent Trinkgeld auf die Rechnung der Gäste extra aufschlagen, um zu einer Entlohnung zu kommen. Ist das nicht eine Bemucherung des Publikums?

Gegen den Berliner Gewaltsakt im Entlohnungssystem werden die Hallischen Gastshausangestellten geschlossene Front bieten. Auch wenn hier (nach Zeitungsberichten) Tanzräume geschaffen sind, wer erteilt derartige Tanz-Konzessionen und wo bleibt die Lustbarkeitssteuer?

Das Publikum wird ersucht, diesen Extra-Aufschlag zu verweigern, es ist kein Gast rechtlich dazu verpflichtet.

Nicht der einzelne Gast hat mit dem Kellner einen Tarif zu machen, sondern der Arbeitgeber und das ist der Wirt.

Die Gastshaus-Angestellten bleiben auf ihrer gerechten Forderung bestehen: **„Für geleistete Arbeit eine ausreichende, menschenwürdige und feste Entlohnung."**

* **Der „Allgemeinen Zeitung"** ist es jetzt wieder einmal gelungen, die dunklen Fäden einer Verschwörung innerhalb der KPD. aufzudecken. Und wir gestehen: Die Veröffentlichungen des „Vorwärts" haben uns einen bösen Strich durch die Rechnung gemacht. Denn wären diese Enthüllungen nicht gekommen, kein Spießer und keine Spießerin wären noch am Leben, und am allerwenigsten der Stinnesschmok, der noch immer auf seinem Drehschemel sitzt und sich die Würmer aus der Nase zieht. Nun aber ist die Aktion noch einmal verschoben worden, und zwar auf das nächste Frühjahr, da dann der pflaumengelbe Schumann beseitigt sein wird und der große Mann vom „Klassenkampf", Schneider, mit dem illegalen Organisator, dem Hausmann der Produktivgenossenschaft, Genossen Josf, die Sache schieben wird. Der Stinnesschmok weiß auch von diesen Plänen schon. Er hat sie in der gestrigen Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung" bereits veröffentlicht, und droht jetzt den kommunistischen Angstbasen, noch mehr zu enthüllen. Da wir aber wissen, daß die Stinnesschmoks für Geld alles mögliche schreiben, werden wir mit russischen Rubelnoten den Schmok zum Schweigen bringen.

* **Freifahrtkarten bei der städtischen Straßenbahn.** Alle bisher benutzten Freifahrtkarten der städtischen Straßenbahn verlieren mit dem 31 Dezember d. J. ihre Gültigkeit. Für die Beteiligten ist es zweckmäßig, wenn sie Anträge auf Wiedergewährung von Freifahrtkarten für das Jahr 1922 bei der Straßenbahnverwaltung sofort stellen. Ausicht auf Genehmigung haben nur Fälle, in denen ein dringendes Bedürfnis nachgewiesen wird. Die von Zeit zu Zeit zu erneuernden Freifahrtkarten für Kriegsbeschädigte kommen hier nicht in Frage.

* **Preisverzeichnisse und Preisschilder.** Vom Magistrat wird uns geschrieben: Durch eine in hiesigen Zeitungen gebrachte Notiz wird zum Ausdruck gebracht, daß die beiden Verordnungen des Magistrats zu Halle vom 27. Oktober über Preisschilder und Preisverzeichnisse ungültig seien. Es wird festgestellt, daß diese Notiz irrig ist. Wohl ist der Preisschildzwang für Nahrungs- und Futtermittel seit Mai 1921 aufgehoben, aber für alle anderen Gegenstände des täglichen Bedarfs, und zwar für alle, die die Preisschilderverordnung des Magistrats nennt, besteht der Preisschildzwang gesetzlich weiter. Die Verordnung über Preisverzeichnisse gilt in Ergänzung hierzu für alle Nahrungs- und Futtermittel, sie ist in vollem Umfange rechtsgültig. Ihre Nichtbeachtung ist mit allen Rechtsmitteln zu erzwingen. Die gesetzgebenden Körperschaften haben mit voller Ueberlegung das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914, auf dem die fraglichen Bestimmungen letzten Endes fußen, noch nicht aufgehoben.

Arbeiter! Kauft nicht in den Geschäften, die auf eure Kundschaft verzichten, zahlt mit gleicher Münze!

* **„Menschenfreundliche" Sipobeamte.** Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: Am Sonnabendabend war ich in der Magdeburger Straße, Ecke Krukenbergstraße, Zeuge, wie fünf Sipobeamte in der unmenschlichsten Art einen angetrunkenen Mann transportierten. Mit Fußtritten, mit Säbel und Fäusten wurde der sich Sträubende nach vorwärts geschlagen. Als ich einen der Sipobeamten darauf aufmerksam machte, daß es doch auch ein Mensch sei, wurde mir geantwortet: „Scheren Sie sich weg, das machen wir, wie wir wollen!" Auf Drängen meiner Frau bin ich dann weitergegangen. Nicht einmal unter den fünf Sipobeamten schien einer zu sein, der nicht Freude an Mißhandlungen am Menschen hatte. Welcher Geist muß bei einer solchen Truppe, die doch dem Schutz der Bevölkerung dienen soll, großgezogen werden!

* **Tote zweiter Klasse.** Selbst bis zum Grabe verfolgt den Proletarier sein Klassenlos. Das zeigte sich kürzlich bei der Beerdigung einer Arbeiterfrau auf dem Gertraudenfriedhof. Da ihr Ernährer sich als Gefangener in Lichtenburg befindet, mußte sie auf Kosten des Armenamtes bestattet werden. Natürlich fällt eine solche Beerdigung armselig genug aus. Trotzdem wird scheinbar diese Tatsache noch dadurch unterstrichen, daß man für diese Toten den hintersten verlassensten Winkel des Friedhofes erfand. Dann kam dazu, daß sich ein Friedhofsarbeiter insofern eine grobe Taktlosigkeit zuschulden kommen ließ, als er während der Grabrede unseres Genossen, die mit der Beerdigung verbundene geschäftliche Angelegenheiten mit den Angehörigen im lauten Gespräch zu regeln versuchte. Wir sind der Ueberzeugung, daß solche Verstöße gegen den primitivsten Anstand beim Begräbnis sogenannter „besserer Leute" nicht vorkommen. Es tut not, daß die Arbeiterschaft nachdrücklichst Verwahrung gegen solche unterschiedliche Behandlung noch auf dem Friedhofe einlegt.

* **Rattenplage.** Es wird mehrfach über das Ueberhandnehmen von Ratten geklagt. Zum Teil steht die Plage im Zusammenhang mit der starken Ausbehnung der Kleintierzucht. Zur Rattenvertilgung dienen entweder frische Meerzwiebeln (Scilla maritima), ganz fein gehackt und mit Brot- oder Fleischresten zu einem Köder verarbeitet, den man etwas anbratet, um ihm die „rechte Witterung" zu geben. Die Meerzwiebel-Präparate dürfen nicht mit der Hand angefaßt werden (Handschuhe!). Wirksamer, aber auch bedenklicher, ist die Verwendung von Phosphorlattwerge (in Apotheken erhältlich). Der hiermit beschickte „Köder" muß die anlockende Witterung erhalten durch Rösten oder Anbraten, darf aber nicht den Menschen verraten und soll daher nicht mit der Hand angefaßt werden. Man streicht mit Holzspänen oder dergl. die Phosphorlattwerge auf den Köder (angeröstetes Brot mit etwas Fett oder dergl.) auf und legt den Köder mit Holzspänen, alten, nicht mehr gebrauchten Gabeln oder dergl. aus. Wo Kinder und Haustiere Zutritt haben, ist Phosphor-Rattengift nicht verwendbar wegen seiner starken Giftigkeit.

* **Wer hat noch braune Lappen?** Die Reichsbanknoten zu 50 Mk. vom 30. November 1918 (kenntlich an dem Oval auf der Vorderseite und an der hellbraunen Farbe — sogen. Viktoriahaus-Note — sollten von den Reichsbankstellen bis zum 31. Januar 1921 und von der Reichsbankhauptkasse in Berlin noch bis zum 31. Juli 121 eingelöst werden. Trotzdem die Reichsbank seit letzterem Tage zur Einlösung dieser Banknoten in keiner Beziehung mehr verpflichtet ist, hat sie doch noch in besonderen Ausnahmefällen, in denen die Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung der Noten — wie z. B. in Erbschaftsangelegenheiten — nachgewiesen wurde, einen Umtausch dieser verfallenen 50-Mark-Noten bei ihrer Berliner Hauptkasse vorgenommen. Sie macht nunmehr darauf aufmerksam, daß auf eine Fortsetzung dieses Entgegenkommens über den 31. Dezember 1921 hinaus nicht zu rechnen sein dürfte, und empfiehlt, etwa noch vorhandene 50-Mark-Noten genannter Art unverzüglich der Reichsbankhauptkasse in Berlin unter Nachweisung der Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung zum Umtausch einzureichen. — Die Arbeiter haben jedenfalls keine solchen Scheine abzuliefern vergessen, bei ihnen häufen sich solche nicht an, sie leben von der Hand in den Mund. Wer aber noch ein Hörchen der verfallenen braunen Lappen versteckt hat —und das soll heute noch vorkommen —, dem schadets auch nichts, wenn er nun das Papier zum Feueranmachen benutzen kann, wenn es ihm nicht gelingt, seine Vergeßlichkeit in den Mantel der Ausrede zu hüllen, um bei der Behörde Glauben zu finden.

* **Jugendkartell Halle.** Freitag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" Sitzung aller Kartelldelegierten. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erforderlich.

* **Achtung! Kommunistische Jugend.** Heute abend, im „Jugendheim", Rathausstraße 16, Sitzung aller Zentralvorstandsmitglieder und Gruppenvorstände. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Anfang pünktlich 7 Uhr.

* **Der prächtige Film „Der kleine Muk"**, nebst anderen Filmen, Vorträgen, Mandolinenspiel und vielen Ueberraschungen, wird am Freitag, dem 9. Dezember, nachmittags ¼4 Uhr, und am Montag, dem 12. Dezember, abends ½7 Uhr, im großen Saale des „Volkspark" vorgeführt. Eintritt: Kinder 75 Pf. Erwachsene 2 Mk. Konsum, Volksbuchhandlung und „Volkspark" haben den Kartenverkauf übernommen. Auf! Wer will mit fröhlich sein?

Kommunistische Kindergruppe, Halle.

* **Nachahmenswert.** Auf der Baustelle Ammendorf bei Lindner der Berliner A.-G.-Bauausführungsgenossenschaft wurden für die Weihnachtsbescherung der Kinder der Märzopfer 204,50 Mk. gesammelt. — Die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes der Steinarbeiter beschloß einstimmig, zugunsten der „Roten Hilfe" eine einmalige Extrasteuer von 5 Mark pro Mitglied zu erheben.

* **Schuhverkauf.** Gewerkschaftsmitglieder, Parteigenossen von Halle und Umgegend, deckt Euren Weihnachtsbedarf an Schuhwaren in der Ersten Weißenfelser Schuhgenossenschaft. Es kommen Damen-, Herren-, Kinderstiefel, sowie Arbeitsschuhe in nur guter Lederausführung zum Fabrikpreis zum Verkauf. Verkaufsstelle bei Genossen C. Bachmann, Thomasiusstraße 47, III. Unterstützt die Genossenschaft!

* **Die Einzittskarten zu den Sondervorstellungen** für den 8. und 12. Dezember sind ausverkauft. Am Sonnabend, dem 17. Dezember, gelangt die Oper „Figaros Hochzeit" aber nochmals zur Aufführung und sind Karten zu dieser Vorstellung schon jetzt zu 10, 7,50 und 5 Mk. im Arbeitersekretariat und im Verkehrsbund, Dryandenstraße 10, zu haben.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwochabend, 6 Uhr, gelangt Richard Wagners „Tristan und Isolde" unter Leitung von Hofkapellmeister Professor Heinrich Laber (Gera, Reuß) zur Aufführung. Donnerstag: Nichtöffentliche Vorstellung. Freitag geht das Singspiel „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara) von Vincenco Martin in Szene. Für Sonnabend wird das Drama „Die Zeit wird kommen" von Romain Rolland vorbereitet. Sonntagnachmittag wird als Volksvorstellung bei kleinen Preisen Schillers Schauspiel „Die Räuber" gegeben. Sonntagabend „La Traviata".

* **Freie Volksbühne.** „Die Zeit wird kommen." Die am Dienstag, dem 13. und Dienstag, dem 20. Dezember stattfindenden Aufführungen von Romain Rollands Drama im Stadttheater, sind für die Volksbühne erworben. Der Verkauf findet statt in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr. — Auch der Verkauf für Professor Karos Lichtbildervortrag, am 16. Dezember, im Saale der „Loge zu den 3 Degen" hat in der Geschäftsstelle begonnen.

„Des Meeres und der Liebe Wellen." Spieltage: C: Mittwoch, dem 7., D: Freitag, dem 9., E: Montag, dem 12., F: Mittwoch, dem 14., G: Donnerstag, dem 15., H: Montag, dem 19., I: Mittwoch, dem 21. Dezember.

* **Zoologischer Garten.** Zweiter geselliger Abend im „Zoologischen Garten". Am Donnerstag, dem 8. Dezember, findet von 7½ Uhr abends an der zweite gesellige Abend für Dauerkarteninhaber statt.

* **Vortragsreihe des Gartenbauvereins Halle.** Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, spricht im Hörsaal des Landwirtschaftlichen Instituts der Universität, Ludwig-Wucherer-Straße 2, Gärtnereibesitzer E. Hecker über „Englische Haus- und Bauerngärten". Er wird aus seiner reichen Erfahrung heraus mancherlei praktisch und wichtige Anregungen für Kleingartenland- und Schrebergartenbesitzer geben.

* **Berichtigung.** Von dem Fleischermeister Klingner, Schillerstraße 34, werden wir ersucht, mitzuteilen, daß die in Nummer 278 des „Klassenkampf" gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nicht der Wahrheit entsprechen und nur von einer ihm feindlich gesinnten Person herstammen können.

Nietleben

Funktionärsitzung. Am Freitag, dem 9. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zur Sonne" eine Sitzung sämtlicher Funktionäre der Partei, Gewerkschaften, Betriebe und Gemeindevertreter statt. Die wichtige Tagesordnung verpflichtet jeden Genossen, zu erscheinen. Keiner darf fehlen.

Morl-Möderau

Die Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, dem 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt statt. Alle Genossen, die Mitglied der Produktivgenossenschaft sind, müssen restlos erscheinen, sowie auch die, welche Mitglied werden wollen.

Spickendorf

Eine öffentliche Versammlung findet am Sonnabend, dem 10. Dezember, abends 8 Uhr, bei „Sänisch" statt. Genosse Reinhold Schönlank (Halle) spricht über das Thema: „Die Nöte der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land". Bürger, Landarbeiter! Erscheint, nehmt Stellung zu Eurer Lebensfrage.

Gerichtssaal

Reichsgerichts-Urteile

Weiße Sklaven

Der Fabrikant Karl A. Wahl in Stuttgart ist vom dortigen Landgericht am 18. März wegen Verführung eines unbescholtenen Mädchens unter 16 Jahren in zwei Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er betreibt eine Spielwarenfabrik und beschäftigt in dieser eine Anzahl jugendlicher Arbeiterinnen. Eine derselben, die Zeugin F., hatte sein Wohlwollen erregt und er ließ sie deshalb öfter aus irgend einem Grunde in sein Privatkontor kommen. Er begann dann seine Verführungskünste in der üblichen Weise und erreichte schließlich durch Drohung mit Entlassung, daß das unerfahrene Mädchen seiner Begierde zum Opfer fiel. In ähnlicher Weise verfuhr er mit der Zeugin. Dieser gegenüber hatte er noch die Drohung ausgesprochen, er werde auch ihren Vater, einen Kriegsinvaliden, der bei ihm in Arbeit stand, entlassen, wenn sie ihm nicht zu Willen sei. In seiner gegen das Urteil eingelegten Revision behauptete der Angeklagte, die Zeugin F. sei, als sie sich ihm hingab, nicht mehr unbescholten gewesen, denn sie habe längere Zeit vorher seine unzüchtigen Berührungen geduldet. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet, da alles, was der Angeklagte auch vorher getan, zum Tatbestand der Verführung gehört und die Feststellung des Gerichtes, daß das Mädchen bis dahin unbescholten war, einwandfrei getroffen ist.

(Nachdruck verboten.)

Der Tod im Freudenhause

Vom Oberkriegsgericht Münster (Westf.) ist am 26. Juni v. J. der Leutnant Von Hille wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu 9 Monaten Gefängnis und zur Dienstentlassung verurteilt worden. Am 27. August 1919 hielt er sich in Düsseldorf auf und besuchte am Abend ein Bordell. Er benahm sich dort sehr wüst und ungebührlich, indem er das Mädchen biß, mit seinem geladenen Revolver hantierte und sie mit Erschießen bedrohte. Es gelang dem Mädchen dann, sich von dem Angeklagten freizumachen und ins Empfangszimmer zu flüchten, wo zwei neue Gäste warteten, deren rasche Hilfe sie erlöst, da das Benehmen des Angeklagten ihr Angst und Schrecken eingejagt hatte. Beide Herren gingen nun in das Zimmer, in welchem der Angeklagte sich aufhielt und der eine von ihnen, ein Studienassessor R., gerieet mit dem Angeklagten ins Ringen. Dieser hatte seinen Revolver in der Hand und gab in kurzen Zwischenräumen mehrere Schüsse ab, von denen einer den R. traf. Dieser ist später an den Folgen des Schusses gestorben. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, in welcher er behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Das Reichsgericht verwarf jedoch das Rechtsmittel als unbegründet. (Nachdruck verboten.)

Sport

T.-V. „Die Naturfreunde". Mittwoch, abends 7 Uhr, Volkstanzabend in der Turnhalle der Klosterschule. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Biologische Arbeitsgemeinschaft im Physikzimmer der Klosterschule. Jugendgruppe, abends 7 Uhr, Generalprobe in der Turnhalle der Klosterschule. Freitag, abends 8 Uhr, (pünktlich) Monatsversammlung im Kolbing. Ausstellungsmaterial mitbringen. Sonntag, 7 Uhr, Elternabend der Jugendgruppe im kleinen Saal des Volksparkes. Anmelden zur Weihnachtsfahrt nach dem Stutenhaus (Thüringer Wald).

Spiele am Sonntag, dem 11. Dezember. Klasse, 1. Gruppe: 1. 2 Uhr: Schkeuditz I. — Halle I. (Schiedsrichter Pfund, Wolmirstedt). 2. 2½ Uhr: Teutonia I. — Kröllwitz I. (Schiedsrichter Hartlebe, Dölau). 3. 2½ Uhr: Sportlust I. — Hettin I. (Schiedsrichter Bellshaus, Mörmitz). — Trotha, spielfrei. — 1. Klasse, 2. Gruppe: 22. 1. 2½ Uhr: Gröbers I. — Hettstedter Sport (Teutonia). 23. 1. 2½ Uhr: Dölau I. — Ammendorf I. (Schiedsrichter K. Ulrich Viktoria). 24. 1. 2½ Uhr: Minerva I. — Fichte I. (Schiedsrichter Eckardt, Sportlust). 25. 1. 2½ Uhr: Wacker I. — Wörmlitz I. (Schiedsrichter Pohl, Fichte). 2. Klasse, 1. Gruppe: 50. 12½ Uhr: Sportlust II. — Fichte II. (Reideburg). 51. 2½ Uhr: Ammendorf II. — Wörmlitz II. (Viktoria). 51. 12½ Uhr: Schkeuditz II. — Dölau I. (Gröbers). — 2. Klasse, 2. Gruppe: 52. 2½ Uhr: Brehna I. — Bebitz I. (Sportlust). 53. 2½ Uhr: Viktoria II. — Reideburg I. (Kröllwitz). Kanna I. — Teicha I. (Ammendorf). — 3. Klasse, 3. Gruppe: 80. 2½ Uhr: W. f. B. Lettin II. — Wacker II. (Dölau). 81. 12½ Uhr: Dölau II. — Kröllwitz II. (Fortis, Lettin). Hertha, Lettin spielfrei. — 3. Klasse, 4. Gruppe: 90. 2½ Uhr: Bruckdorf I. — Minerva II. (Kröllwitz). 91. 12½ Uhr: Teutonia II. — Gröbers II. (Bruckdorf). — Zörbig, spielfrei. — 3. Klasse, 1. Gruppe: 109. 2 Uhr: Kröllwitz III. — Reideburg III. (Teutonia). 101. 2 Uhr: Wörmlitz III. — Fichte III. (Sportlust). — Dürrau, spielfrei. — 3. Klasse, 2. Gruppe: 114. 12½ Uhr: Minerva III. — Schkeuditz III. (Ammendorf). 111. 12½ Uhr: Bruckdorf III. — Viktoria III. (Wörmlitz). — Viktoria, spielfrei. — 3. Klasse, 3. Gruppe: 120. 12½ Uhr: Kanna II. — Dölau II. (Minerva). 121. 12½ Uhr: Gröbers III. — Sportlust III. (Bruckdorf). 122. 12½ Uhr: Ammendorf III. — Zörbig III. (Fichte). — 4 Klasse: 135. 11 Uhr: Minerva IV. — Kröllwitz IV. (Ammendorf).

Turn- und Sportverein „Rote", (Ruhballabteilung). Spielrestlinie vom Sonntag: Fichte II. — W. f. B. Trotha II. 1:1. Spiele zum Sonntag, den 11. Dezember: Fichte I. — Minerva I. ½3 Uhr Mimrerplatz. Treffpunkt 1 Uhr Riebeckplatz. Freitag, den 9 Dezember Mitgliederversammlung abends 7½ Uhr. Tagesordnung: Mannschaftsaufstellung. Gedälter 8 Uhr. Mannschaftsversammlung. Erscheinen sämtlicher Sportgenossen ist Pflicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Die Katastrophe kommt näher

Die Preise für alle Lebensbedürfnisse steigen nicht mehr täglich, sondern stündlich und nicht mehr um Pfennige, sondern gleich um mehrere Mark. Artikel, die vor 14 Tagen, 3 oder 4 Wochen zu teuer erschienen, um gekauft werden zu können, sind heute doppelt oder dreifach so teuer und müssen nun gekauft werden. Die Steigerung der Löhne und Gehälter konnte schon vorher nicht der schnellen Verteuerung des Lebensunterhalts folgen. Bis die Unterhandlungen zwischen den Instanzen zum Abschluß kommen, sind in der Regel die Forderungen der Arbeiter schon durch die Ereignisse überholt.

Streiks sind nach Ansicht der nationalistisch verseuchten Sozialisten ein Verbrechen, denn nur Arbeit, mehr Arbeit, kann uns nach ihrer Ansicht retten. So wird ein Antistreikgesetz und ein Gesetz, das den Achtstundentag beseitigt, vorbereitet und von der Zentralarbeitsgemeinschaft genehmigt. Um diese Gesetze durchdringen zu können, wird jetzt eine Kommunistenhetze inszeniert, genau wie im März die Kraft des Proletariats in der mitteldeutschen Aktion erst gebrochen werden mußte, um den Widerstand gegen die von der Zentralarbeitsgemeinschaft sanktionierten Verteuerung des Brotes im Volke unwirksam zu machen. Damals hat man die Entwaffnungsaktion im Mansfeldschen für diesen Zweck aufgehoben und hat eine angebliche Häufung von Diebstählen als Anlaß zur Mordaktion der Schupo benutzt. Jetzt hat man die angeblichen Akten beim Staatskommissar Weismann seit Juni bis jetzt aufgehoben, weil man die angesichts der katastrophalen Teuerung entstehende Einheitsfront des Proletariats fürchtet! Jetzt ist für die Nationalisten in der Regierung und um den „Vormärz", die dem Görlitzer Parteitag nur aus nationalen Gründen die Stinnes-Koalition akzeptierten, die Zeit gekommen, wo sie mit Hilfe des bei Weismann zu diesem Zweck seit Juli verwahrten Materials eine Pogromhetze gegen die Kommunisten zu inszenieren für notwendig halten, um die gefürchtete revolutionäre Einheitsfront zu stören. Und die USP.-Männer schnappen wieder wie im März aus parteiegoistischen Gründen ein und unterstützen die Hetze der Nationalisten, weil sie so glauben, ihre stark gelichteten Reihen wieder aufzufüllen!

Es ist aber zu hoffen, daß diesmal die Verhältnisse stärker sind, wie die gemimte Entrüstung der Nationalsozialisten, die das Material des Oberspitzels Weismann seit Juli kennen und es gerade jetzt ausnützen, um die von ihnen mit Recht besonders gefürchtete revolutionäre Einheitsfront des Proletariats gleich im Entstehen zu zerschlagen. Die katastrophale Teuerung und der Verkauf der deutschen Industrie an das ausländische Kapital in Verbindung mit der Kreditdiktat der Industrie werden den Arbeitern, Beamten und Angestellten, wie auch den Kleinbürgern und Kleinbauern die Augen öffnen. Aber man hofft eben durch den angebahnten neuen Vernichtungsfeldzug gegen die Kommunisten, die rücksichtslosen Mahner und Wecker der revolutionären Energie des deutschen Volkes, wieder wie im März niederwerfen zu können!

Sie wollen eben die zusammenbrechende kapitalistische Wirtschaft wieder aufbauen, statt, wie sie immer versprochen haben, die sozialistische Wirtschaft, den Sozialismus aufzubauen. Darum haben sie sich mit Stinnes, dem Inbegriff des industriellen Kapitalismus, oder dessen parteipolitischer Vertretung, der Deutschen Volkspartei, verbündet!

Proletarier, Arbeiter, Beamte, Angestellte, Kleinbürger und Kleinbauern, sichert euch und das deutsche Volk vor der vollständigen Verelendung durch Bildung der revolutionären Einheitsfront!

Hilfe für Sowjet-Rußland

Das „Reichskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland" erläßt neuerdings ein Rundschreiben, in dem es unter anderem heißt: „Bei den Sammlungen müssen die Tätigkeitsgebiete der Sammelnden nicht nur auf die Reihen unserer Genossen beschränkt bleiben, weil die, wie wir wissen, durch die in Deutschland herrschende Not und die Opfer, die sie ohnedin zu bringen haben, schon stark mitgenommen sind. Es muß in allen Ständen, bei Beamten, Geschäftsleuten, Kleinbauern, Handwerksmeistern und auch in allen Betrieben gesammelt werden. Um Frauen und Männer anderspolitischer oder indifferenter Schichten zu erfassen, müssen die letzten Tage vor Weihnachten und in der Weihnachtswoche Haussammlungen arrangiert werden, die sich auf Geld, Lebensmittel und Kleidungsstücke erstrecken. In den Betrieben müssen kurz vor Weihnachten Anträge eingebracht werden, die auf eine Sammlung für die hungernden Kinder in Sowjetrußland hinzielen. Aus dem Ertrag sollen dann Kleidungsstücke oder haltbare Lebensmittel gekauft werden. Gleichlaute Anträge müssen in den Konsumgenossenschaften, Gewerkschaften, Gemeinde- und Stadtparlamenten eingebracht werden. Auch diese Anträge müssen Spendenbeiträge und Lebensmittel und Kleidungsstücken für die hungernden Kinder in Rußland fordern.

Ferner wird vorgeschlagen, daß während der letzten Woche vor Weihnachten in Veranstaltungen (Konzerte, Meetings, Aufführungen, Märchenvorlesungen usw.) abgehalten werden zum Besten der hungernden Kinder in Rußland. Dabei muß auf Programm und Plakaten aufgedruckt sein, daß der Ueberschuß zum Einkauf von Kleidungsstücken und Lebensmitteln verwandt wird.

Künstlertreie, Gesangsvereine, Musikverbände müssen zur Mitwirkung an diesen Veranstaltungen gewonnen werden, damit die Veranstaltungen auch auf einen guten Besuch und entsprechenden Ueberschuß rechnen können.

Die Eintrittskarten dürfen zu diesen wie zu anderen Veranstaltungen, die im Interesse der Hungernden in Sowjetrußland arrangiert werden, nicht nur in Genossenkreisen, sondern müssen durch die Auslegung von Listen und Bileten bei Geschäftsleuten und durch unsere Vertrauensleute in den Betrieben, Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften auch in anderen Kreisen ihren Absatz finden. Dasselbe gilt auch für alle anderen Sammlungsmarken. Unsere Tätigkeit darf nicht erlahmen, wenn unseren russischen Brüdern geholfen werden soll."

Wir erwarten, daß diese Anregungen in unserem Bezirk die lebhafteste Beteiligung in diesem Sinne auslösen. Allerdings müssen unsere Genossen im Bezirk so vorgehen, wie es auf Grund der örtlichen Verhältnisse ratsam ist. Jedenfalls aber muß alles versucht werden, was irgendwie einen Erfolg verspricht.

„Rote Hilfe"

Bericht des Gautomitees Mitte für November 1921

Die von uns ausgeworfenen Sätze reichen natürlich keineswegs aus, um zur Bestreitung der täglich steigenden Lebenshaltungskosten zu dienen. Die Genossinnen müssen vor allem eine ausreichende staatliche Unterstützung verlangen. Nach Recht und Gesetz sind die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände verpflichtet, den erwerbslosen Angehörigen entweder eine ausreichende Erwerbslosen- oder Fürsorge-Unterstützung zu geben. Wo sich die Gemeinden weigern, müssen sie zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gezwungen werden. Die persönlichen Meinungen des Dorfschulzen sind nicht maßgebend.

Obwohl weitere Entlassungen von Märzkämpfern stattgefunden haben, sind auf der anderen Seite wieder neue Unterstützungsanträge eingegangen, so daß die zu verausgebenden Summen immer noch eine bedeutende Höhe haben.

Die Einnahmen betrugen:

Kassenbestand	204 374,63 Mk.
Vom Zentralkomitee	283 060,00 „
Sonstige Einnahmen	2 850,00 „
	490 224,63 Mk.

Ausgaben:

Familien-Unterstützung	268 261,65 Mk.
Rostands-Unterstützung	13 738,55 „
Reise-Unterstützung	4 680,15 „
Justizausgaben	61 463,00 „
Verwaltungskosten	1 616,96 „
Frühere Ausgaben	16 692,00 „
	366 447,31 Mk.
Kassen-Ausgaben	123 777,32 „
	490 224,63 Mk.

Davon wurden unterstützt:

Frauen von Gefallenen:	82
Kinder von Gefallenen:	117
Frauen von Flüchtlingen	111
Kinder von Flüchtlingen:	211
Frauen von Gefangenen	835
Kinder von Gefangenen:	1209
Verwundete:	15
Kinder von Verwundeten:	8
Andere:	6

An ledige Genossen in Haft, die ohne jeden Anhang sind, wurden 21 Pakete gesandt.

Noch einmal sei besonders darauf hingewiesen, daß alle Zuschriften, Beschwerden, Anträge auf Unterstützung, Reisegelder usw. nur an den Vertrauensmann im Orte zu richten sind und nicht an uns.

Halle, am 2. Dezember 1921.

Gautomitee Rote Hilfe.
Sitz: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.

Veranstaltungen der Kommunistischen Jugend Halle-Merseburg

vom 7. bis 14. Dezember 1921.

Unterbezirk Halle-Saalkreis: Gruppe Nietleben: Sonnabend, den 10. Dezember, Diskussionsabend; Sonntag, den 11. Dezember, Volkstänze; Dienstag, den 13. Dezember, Mandolinenstunde. — Gruppe Ilsenberg: Freitag, den 9. Dezember, Diskussionsabend (sehr wichtig). — Gruppe Seeben: Donnerstag, den 8. Dezember, Diskussionsabend über das ABC. des Kommunismus; Sonnabend, den 10. Dezember, Theaterprobe und Spielabend; Sonntag, den 11. Dezember, Treffen im Heim; Dienstag, den 13. Dezember, Arbeitsgemeinschaft, (dieselbe tagt jeden Dienstag von 8 bis 9 Uhr, für besonders lernbegierige Genossen. — Gruppe Völlberg-Wörmlitz: Sonnabend, den 10. Dezember, Versammlung; Dienstag, den 13. Dezember, Vortrag: Entstehung der Jugendbewegung. Genosse Walter Schmidt.

Unterbezirk Bitterfeld: Gruppe Roitzsch: Jeden Freitag Probe zur Weihnachtsfeier; Sonnabend, den 10. Dezember, Mitgliederversammlung. Alle müssen erscheinen, da dieselbe sehr wichtig ist. — Gruppe Delitzsch: Freitag, den 9. Dezember, Vortrag: Sexuale Fragen; Sonntag, den 11. Dezember, Tagesfahrt nach Schladitz; Dienstag, den 13. Dezember, Spielabend. — Gruppe Zschornewitz: Donnerstag, den 8. Dezember, Monatsversammlung. (Neuen Montagabend findet Theaterprobe statt.) — Kindergruppe Zschornewitz: Freitag, den 9. Dezember, Theaterprobe; Dienstag, den 13. Dezember, Märchenabend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda: Gruppe Naundorf: Die proletarische Jugendbewegung, (Wiederholung.); Sonntag, den 11. Dezember, Unterhaltungsabend in Bockwitz.

Schkeuditz

Bauarbeiter-Versammlung. Kollege Riehl, von der Ortsverwaltung Leipzig, gab den Bericht von der Lohnverhandlung in Halle. Daraus ist zu entnehmen, daß vom 24. November bis 14. Dezember für Maurer ein Stundenlohn von 10,15 Mark, für Bauhilfsarbeiter 10,05 Mark zu zahlen ist. Er führte weiter aus, daß unsere Vertreter 5,00 Mark Stundenlohnerhöhung gefordert hatten; der Arbeitgeberverband habe das Angebot aber schroff abgelehnt und nach langen Verhandlungen endlich gnädigst 15 Prozent auf das alte Lohn bewilligt. Unsere Vertreter haben dem zugestimmt. Vertreter waren: Bezirksleiter Jakob von Bauarbeiterverband, und Bezirksleiter Laue vom Zimmererverband in Leipzig. In der Diskussion wurde scharf kritisiert, daß unsere Vertreter einem solchen Angebot zugestimmt haben, da doch unser Tarif am 30. November abläuft und die beteiligten Arbeiter so um 14 Tage geschädigt sind. Die Erhöhung des Stundenlohnes stehe in gar keinem Verhältnis zu der enorm eingetretenen Teuerung. Die Versammlung hält den in letzter Versammlung gefaßten Beschluß aufrecht, vom 1. Dezember für Maurer 15,00 Mark, für Bauhilfsarbeiter 14,00 Mark bis 31. Dezember zu fordern. Diese Forderung ist den Unternehmern sofort zuzustellen. Unter Gewerkschaftlichem ging ein Antrag ein, unsere Delegierten vom Gewerkschaftskartell zurückzuziehen. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.

Seiben

Die „unpolitische" Feuerwehr. In der letzten Versammlung der freiwilligen Feuerwehr, der auch Arbeiter angehören, wurde ein Vergnügen beschlossen. Dasselbe fand denn auch statt und alles hatte sich eingefunden, um sich einige Stunden zu amüsieren. Doch: mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Gar bald trat eine Störung recht bezeichnender Art ein. Mitten im Tanze mußte auf Befehl der Bourgeois die Musik plötzlich das Lied „Deutschland über alles" spielen, in das die kohlköpfige Gesellschaft natürlich begeistert einstimmte. Das Schlimste war aber, daß sich die Gesellschaft dabei im Saale recht breit machte und andere, die sich dieser Sache entziehen wollten, daran hinderten, wegzugehen. Das war den Arbeitern doch zu viel; bis auf einzelne, die die Situation anscheinend noch nicht begriffen hatten, verließen sie demonstrativ den Saal. Wenn die Herrschaften etwa glauben sollten, damit der Feuerwehr dienen zu können, so werden sie bald eines anderen belehrt werden. Und wenn sie etwa meinen, die Arbeiter auf solche Weise am besten loswerden zu können, kann ihnen ebenfalls geholfen werden. So oder so muß der Knoten jetzt durchhauen werden. Die Arbeitgeber denken gar nicht daran, dem Nationalismus irgendeine Konzession zu machen.

Eilenburg

Die Arbeiterschaft und die bürgerliche Hetzpresse. Aus einem uns zur Verfügung gestellten Briefe eines Arbeiters entnehmen wir folgende treffliche Ausführungen: „In meinem Gewerkschaftsblatt las ich vor einigen Wochen, daß die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften sowie die Betriebsräte in Salzwedel zu folgendem Beschluß gekommen seien: „Die von den geschlossenen Arbeiterorganisationen getroffenen Maßnahmen gegen das „Salzwedler Wochenblatt" werden von uns in vollem Umfange gebilligt und unterstützt. Wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß der bereits wirksam sitzende Hieb zum vollen Erfolge führt. Wir fordern von allen unseren Kollegen und deren Frauen strikte Einhaltung und Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Vorwärts, Kollegen, laßt den Gegner klaffen!" Die Vorstände und Betriebsräte der freien Gewerkschaften in Salzwedel." — Das genannte bürgerliche Blatt hat es nach bekannter Manier nicht verschmäht, die Abonnementsgelder und vor allem die ziemlich erheblichen Beträge für Annoncen einzustreichen, konnte es aber trotzdem nicht unterlassen, die gesamte freigewerkschaftliche Arbeiterschaft auf das gemeinste anzugreifen und für die gelbe Bewegung eifrige Propaganda zu machen. So vernünftig und einzig richtig handelte die Arbeiterschaft von Salzwedel. Und wie ist es damit in der Stadt Eilenburg bestellt, deren Arbeiterschaft es mit Entrüstung von sich weisen würde, wenn man ihr den Vorwurf machte, daß sie das Gegenteil tut, daß sie seit Jahren ganz konsequent ihren allerschlimmsten Feind, die bürgerliche Presse, nicht nur indirekt, sondern direkt groß und stark macht. Einige ganz besonders krasse Fälle der letzten Zeit zwingen mich dazu, die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf einen Zustand zu lenken, der auf keinen Fall mehr geduldet werden darf. Von niemandem, ganz gleich, ob er sich der USPD., der KPD. oder den hier weniger in Betracht kommenden Rechtssozialisten zurechnet. Daß die Wirte der Arbeiterverkehrslokale ihre privaten Veranstaltungen ausschließlich in dem Anzeigenteil der Eilenburger „Neuesten Nachrichten" ankündigen, daran hat sich der Arbeiter ebenso gewöhnt, wie daran, daß neben den sämtlichen, an Zahl nicht geringen Arbeitersportvereinen auch die Gewerkschaften und der Konsumverein nur das genannte bürgerliche Blatt zu ihrem Publikationsorgan benutzen. Hält eine der drei sozialistischen Parteien in Eilenburg eine öffentliche Versammlung ab, dann finde ich als aufmerksamer Leser der gesamten Arbeiterpresse fast nie oder nur höchst selten das Inserat in dem Blatte der betreffenden Arbeiterpartei, auf alle Fälle aber (recht groß gedruckt, natürlich nicht, damit der kapitalistische Verleger einen Batzen Geld einstreicht, sondern damit die Arbeiterleser die Anzeige auch ja lesen) in den „Nachrichten". Nicht wenig überrascht war ich aber, als ich vor einiger Zeit die Ankündigung des neugegründeten, aus allen drei Parteien und dem Kartell bestehenden Allgemeinen Bildungsausschusses las, der sich ganz besonders an die klassenbewußten Teile der Eilenburger Arbeiterschaft wandte, sich recht zahlreich an den Volkswirtschaftskursen beteiligen. Die Einwohnerschaft Eilenburgs wurde aufgefordert, sich diese Bekanntmachung auszuschneiden und aufzubewahren, sowie auf weitere diesbezügliche Bekanntmachungen zu achten. Ein Beweis, daß es sich um eine äußerst wichtige Angelegenheit handelt. Bis heute habe ich weder in der „Volkszeitung" für Halle noch im „Klassenkampf" und der „Volksstimme" die gleiche Bekanntmachung gefunden. Ich werfe hier die Frage auf: Ist es etwa übertrieben oder unzutreffend, wenn ich behaupte, daß durch ein Verfahren, wie es in der Arbeiterstadt Eilenburg üblich geworden ist, die Arbeiterschaft durch ihre Führung geradezu gezwungen wird, die gemeingefährliche bürgerliche Hetzpresse durch ihr Abonnement groß und stark zu machen, wenn sie wissen will, was da auf dem Gebiete des Versammlungslebens vorgeht?! Da schreiben die Arbeiterblätter immer, daß der schlimmste Feind der Arbeiterklasse die bürgerliche, die „neutrale", die „unparteiische" Presse ist, die hinaus muß aus den Arbeiterwohnungen; in den Versammlungen wird diese Aufforderung wiederholt, aber die Praxis? — Nun wird man einwenden, daß die veränderten Zeiten zu diesem allerdings nicht für richtig gehaltenen Verfahren zwingen. Angenommen, das sei richtig, worüber verschiedene Meinungen bestehen dürften, darf es auf keinen Fall so weitergehen, daß man es umgekehrt macht, indem man die Arbeiterzeitungen völlig ignoriert und nur die „Nachrichten" bevorzugt, wodurch dem Blatt ein doppelter Vorteil zugeschanzt wird: einmal der Betrag für die Anzeige, dann die Sicherheit, daß die Arbeiterleser trotz aller gemeinen Angriffe auf die Arbeiterbewegung und ihre Führer nicht abspringen, wollen sie nicht riskieren, über die Vorgänge in der örtlichen Arbeiterbewegung ununterrichtet zu sein. Nun wird man sicher kommen mit der Entschuldigung, die „Neuesten" Nachrichten seien ein unparteiisches Blatt, das sich gehässiger Angriffe enthält. Jawohl, neu mögen die von dem Blatte gebrachten Mitteilungen manchmal sein, aber nicht frei von Gehässigkeit. Das zeigt sich am deutlichsten in der letzten Nummer, in der sich die „Unparteiischen" folgendes aus Halle schreiben lassen:

„Die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses hat von neuem gezeigt, wohin wir in unseren städtischen Verwaltungen gekommen sind, seitdem Kommunisten und Sozialisten verantwortungsvolle Aemter bekleiden. Noch in aller Erinnerung dürfte es sein, wie der kommunistische Stadtrat Osterburg als Dezernent der Ortskohlenstelle durch sinnloses (fern von aller Sachkenntnis) Aufkaufen von Holz die Stadt um 2½ Millionen Mark schädigte und dann nach Norwegen floh. Von einer ordnungsmäßigen Buchführung war keine Rede. Neuerdings ist ein zweiter Fall von kommunistischer Mißwirtschaft aufgedeckt worden. Stadtrat Osterburg hat während seiner Amtstätigkeit . . ."

Und nun wird das furchtbare „Amtsverbrechen" lang und breit ausgemalt, daß Osterburg bei einer auswärtigen Firma für die Arbeiter der Ortskohlenstelle Kleidungsstücke und Schuhe bezogen hat, ohne den vorgeschriebenen bureaukratischen Dienstweg eingehalten zu haben, und daß ein Restbetrag der Rechnung in Höhe von 3000 Mk. von dem unabhängigen Stadtrat Geßner, dem Nachfolger Osterburgs im Dezernat, zur Zahlung angewiesen wurde. Die deutschnationale „Hallesche Zeitung" begründete sich mit der Behauptung, daß durch diese „unabhängische kommunistische Mißwirtschaft" die Stadt Halle um eine Million geschädigt worden sei — natürlich Schwindel zu Wahlzwecken ist! — und der Clou: „So kommt es, wenn solche Leute Stadtrat werden." So das deutschnationale Blatt. Und das „unparteiische" Publikationsorgan der Eilenburger Arbeiterschaft? Mit zynischer Frechheit pöbelt es den Nachfolger dieser beiden Stadträte an und aus der einen Million machen die „Neuesten" — Geschwindigkeit ist eben keine Hexerei! — gleich zweiundeinhalbe. Bis die Nachricht in die „Deutsche Tageszeitung" kommt, sind's sicher fünf Millionen geworden. — Ich meine, daß es an der Zeit wäre, die Eilenburger Gewerkschaften und Arbeiterparteien handelten recht bald nach dem Vorbild der Klassengenossen von Salzwedel. Sofort und darf es nicht weitergehen! Auf keinen Fall!" — Vorstehenden Brief des Arbeiters können wir nur unterstreichen. Hoffentlich tritt bald eine Aenderung in den kritisierten Zuständen ein.

Zeitz

Gemeinde- und Kreistags wahlen. Bei der Gemeindevertreterwahl wurden hier abgegeben für den Wahlvorschlag der KPD. 859 Stimmen (5 Sitze, bisher 1), für die SPD. 883 Stimmen (6 Sitze, bisher 12), für die Liste der Wirtsch. Vereinigung 1125 Stimmen (7 Sitze, bisher 5). Zur Kreistagswahl wurden für die SPD. 953, USP. 56 und KPD. 789, zusammen also 1792 Stimmen abgegeben, für die bürgerlichen Parteien zusammen 950. In dem benachbarten Orte Bobau wurden zur Gemeindewahl für die KPD. 69, für SPD. 365 und DVp. 242 Stimmen abgegeben; bisher war für unsere Partei kein Sitz vorhanden. Zur Kreistagswahl wurden für die linksstehenden Parteien 443, für die Bürgerlichen 240 Stimmen abgegeben.

Aus der Partei. Alle Gruppenführer müssen am Donnerstag, dem 8. Dezember, pünktlich um 6 Uhr abends, im Volkshaus sein.

Konsumverein und Brotpreise. Seitdem die hiesige Konsumgenossenschaft das markenfreie Brot zu 10 Mark verkauft, können es eigentümlicherweise unsere hiesigen Bäckermeister mit einem Male auch. Also, Genossen, schließt euch alle der Konsumgenossenschaft an, dann werden auch die anderen Lebensmittel noch heruntergehen.

Sandersleben

Zugrunde gerichtet ist die KPD. am hiesigen Orte durch die erleuchtende Rede des Herrn Budnarowski, durch die er den Geist seiner „Volkswacht" nach hier zu tragen versuchte. Das „Referat", das dieser tragikomisch wirkende Herr am Freitag in Sandersleben hielt und welches das Motto hatte: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut" war das Geschwätz eines sozusagen „gebildeten" Menschen, „dessen Herz edel gestaltet ist"; um mit den Worten des Herrn Budnarowski zu reden. Es hatte mit Politik und Wissenschaft so wenig zu tun, wie Herr Budnarowski mit dem Tode eines Proletariers. Wie gründlich dieser Herr die kommunistische Gesinnung bei den hiesigen Arbeitern auszurotten verstand, wie tod wir Kommunisten sind, zeigte das Wahlergebnis. Es erhielten zur Kreistagswahl: KPD. 694, USPD. 108, SPD. 315 und die Bürger 308 Stimmen. Zur Stadtverordnetenwahl: KPD. 691, USPD. 162, SPD. 260 und die Bürger 433 Stimmen. Wir erhalten also sieben Stadtverordnete. Wir raten Herrn Budnarowski, wenn er wieder einmal ein Verlangen darnach hat, moralisch verpflegt zu werden, sich nach Hier zu bemühen.

Halberstadt

Eisenbahnunfall. In der Nacht fuhr ein Rangierzug infolge falscher Weichenstellung in einen Lokomotivschuppen und zertrümmerte dabei das geschlossene Tor des Schuppens. Er fuhr dann durch den gesamten, zufällig leeren Schuppen hindurch und zertrümmerte auch die gegenüberliegende Wand. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen, nur der im Schuppen abspringende Lokomotivführer hat sich leicht verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0006

Sowjet-Rußland

Zusammenbruch des Petljura-Abenteuers

Moskau, 5. Dezember. Die Ukraine war immer vom rechten Ufer des Dnjester her durch die Einfälle der Petljurabanden, die diesseits der Grenze aufgestellt und bewaffnet wurden, bedroht. Die Dokumente, die bei den Gefangenen gefunden wurden, namentlich der Bericht Tjutjunnyks am Petljura, von Kostopol in Polen datiert, ergeben, daß die aus dem Auslande kommenden Banden diesmal mit den inländischen Banden nach einem gemeinsamen Plane operierten.

Diesen war der Befehl gegeben worden, die Eisenbahnlinien zu zerstören und sich der großen Städte, wie Charkow, Poltawa und Jekaterinoslaw, zu bemächtigen. Entsprechend diesem Plane machten die Petljurabanden unter dem Kommando Tjutjunnyks in der Stärke von 1500 bis 2000 Mann einen Einfall in das Gebiet der Sowjetrepublik. Dies geschah am 27. Oktober in der Richtung von Hussiatyn und am 4. November in der Gegend von Olewsk. Die Banden fanden bei der ukrainischen Bevölkerung nicht die geringste Sympathie. Als sie nordöstlich von Hussiatyn und östlich von Olewsk vorrückten, wurden sie sehr bald von unseren Roten Truppen ereilt, die ihnen mehrere empfindliche Niederlagen zufügten.

Am 8. November vereinigten sich die auf der Flucht befindlichen Banden Tjutjunnyks nordöstlich von Korostejn und marschierten nun in der Richtung auf Radomysl. Aber alle Hoffnungen Petljuras auf einen Aufstand im Innern scheiterten. Die arbeitende Bevölkerung der Ukraine blieb der Sowjetmacht treu. Die Banden mußten sich neuerdings trennen und nahmen nun den Weg nach der Grenze, und zwar eine ziemlich starke Abteilung unter Tjutjunnyk in der Richtung von Owrutsch, eine schwächere Abteilung in der Richtung von Schitomir.

Am 17. November wurde die Bande Tjutjunnyks 40 Werst südwestlich von Owrutsch vollkommen vernichtet. Bloß Tjutjunnyk und 20 Reitern gelang es, zu entfliehen und am 20. November die Grenze zu überschreiten. Fünf Tage später überschritten in der Gegend von Schebetowka die Reste der zweiten Bande die Grenze. Schließlich wurde am 19. November eine Petljurabande, als sie den Dnjestr überschritt und die Stadt Tiraspol zu besetzen versuchte, unter großen Verlusten zurückgeworfen.

So endete das Petljura-Abenteuer. Sein rascher Zusammenbruch ist, wie es nicht anders zu erwarten war, auf die Tatsache zurückzuführen, daß die arbeitende Bevölkerung der Ukraine der Sowjetmacht die Treue bewahrte und gemeinsam mit der Roten Armee an den Operationen gegen die Banditen teilnahm.

Dies bedeutet die vollkommene Niederlage der Petljuraleute. Anfangs — es ist dies schon lange her — stellten sie eine bedeutende nationaldemokratische Bewegung dar. Dann verwandelten sie sich in militärische Abteilungen, die sich aus der wohlhabenden Bauernschaft rekrutierten und von ihr unterstützt wurden, und jetzt zum Schlusse sind sie nichts weiter als kleine räuberische Söldnerbanden des polnischen und rumänischen Generalstabes. Die ukrainische Bevölkerung lehnt sie als fremde Elemente und Plünderer ab.

Die lügnerischen Nachrichten der bürgerlichen Presse über eine angebliche Besetzung ukrainischer Städte bestätigen die Ansicht, daß der Offensivplan dieses Mal noch zwischen den Generalstäben kapitalistischer Länder vereinbart war.

Ein neuer Feldzug Wrangels?

Lemberg, 5. Dezember. (TU.) Der in Charkow erscheinende „Kommunist" veröffentlicht am 2. Dezember ein Telegramm aus Kiffchinew, demzufolge General Wrangel einen Aufruf erlassen hat, in dem er die Bevölkerung zum Kampfe gegen die Bolschewisten auffordert. Wie aus übereinstimmenden Meldungen hervorgeht, haben die Aufständischen inzwischen infolge des Schnees und Frostes und wegen Munitionsmangels die Feindseligkeiten einstellen müssen. Dagegen zieht die Rote Armee von allen Seiten Verstärkungen heran, zwischen denen sie den Kontakt durch Panzerzüge aufrecht erhält.

Die täglichen Lügen über Sowjet-Rußland

Moskau, 5. Dezember. „Daily Mail" und andere bürgerliche Zeitungen brachten im November aus Riga und Reval die Nachricht, daß von einem Sozialrevolutionär ein Attentat gegen Tschitscherin verübt worden sei. Infolgedessen seien 3000 Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre verhaftet worden. Außerdem sollen sich Lunatscharsky, Stijansky und andere Mitglieder der Sowjetregierung unter den Verhafteten befinden. Das Volkskommissariat für Äußeres erklärt die Nachricht von dem Attentat und von den Verhaftungen für falsch. Auf Tschitschcrin ist kein Attentat verübt worden. Auch Massenverhaftungen wurden nicht vorgenommen. Ebenso wenig sind Lunatscharky oder Stijansky verhaftet worden. Beide Meldungen sind reine Erfindungen. Die Strupellosigkeit dieser lügenhaften Nachrichten geht schon daraus hervor, daß, obwohl mehr als ein Dutzend ausländischer Korrespondenten in Moskau weilt und mehr als 20 ausländische Vertretungen das Recht haben, chriffrierte Telegramme abzusenden und in ständiger Verbindung mit ihren Regierungen stehen, niemand sonst über ein Attentat berichtete.

Vom Tage

Hungerstreik. Der Redakteur Heinrich Wandt, der sich seit längerer Zeit wegen des Verdachtes des Landesverrates durch Veröffentlichung amtlicher Akten im Untersuchungsgefängnis Moabit zu Berlin befindet, ist seit einer Woche in den Hungerstreik getreten, da er in seiner Verhaftung ein ihm widerfahrenes Unrecht erblickt.

Mein billiger **Spielwaren-Verkauf** hat begonnen

4469

Nachweislich größtenteils noch altes Lager solange Vorrat reicht.

Für Mädchen		Für Knaben		Für Mädchen		Für Knaben		Für Mädchen		Für Knaben	
Kochmaschinen	6,85	3,65	Baukasten	3,85	2,85	Schaukeln	12,65	12,85	Pferde	7,65	6,85
Strickkasten	4,95	2,95	Kegelspiele	9,85	7,85	Hühnerhof		18,50	Stallpferde	1,95	1,10
Puppenmöbel	11,85	9,85	Eisenbahnen	19,85	7,95	Klaviere	19,85	16,95	Schaukelpferde	78,50	69,50
Badeständer	5,95	3,45	Rollwagen	5,50	3,95	Küchenmöbel	7,85	3,95	Autos	5,85	3,25
Puppenstuben	15,85	6,85	Trompeten	2,65	1,95	Waschgarnituren	7,85	5,65	Zauberkasten	15,85	10,85
Küchen	12,85	7,85	Postwagen	25,85	13,85	Wiegebetten	2,95	1,45	Damenbreiter	13,85	7,35
Puppen	5,85	3,95	Möbelwagen	56,50	29,85	Puppenkoffer	4,65	3,50	Malkasten	5,50	3,50
Bilderbibel	4,65	2,95	Pferdeställe	11,85	8,65	Kaffeemühlen	4,85	3,65	Wettrennspiel	7,85	5,35
Stoffiere	19,85	7,65	Tivoli	11,85	8,65	Puder-Ratio		7,85	Halmspiel	8,50	7,85
Kaffeeservice	1,95	1,50	Werkzeugkasten	4,65	3,95	Gänsespiel	8,65	5,85	Wiege-Wagen	5,95	3,85
						Rechenmaschinen	7,85	2,95	Gewichte	3,55	65 ₰
						Celluloidpuppen	12,85	6,95	Musikkreisel	8,65	3,95
						Lotto-Spiel	5,85	1,95	Schaufiguren		19,50

Steinweg 45 Ammendorf Bahnhofstr. 3 **Sobel** Reilstraße 1 (Citten Anh.) Schalauniche-straße 8

Große Ulrichstraße 9.

Herren-Artikel

in großer Auswahl und jeder Preislage.

Praktische

Weihnachts-Geschenke

für Damen und Herren.

4465

Wilh. Brackebusch

Große Ulrichstraße 37. :: Telephon 6813.

Ich zahle

für **Lumpen** ohne Sackzeug und Knochen **1,50** Mk. per kg
„ **Bücher und Zeitungen** **1,30** „ „ „
„ **Altpapier** . . . . . **—,80** „ „ „
„ **Kupfer** . . . . . **31,—** „ „ „
„ **Rotguß** . . . . . **21,—** „ „ „
„ **Zink und Blei** . . . **10,—** „ „ „
„ **Alt-Eisen** . . . **1,30—1,60** „ „ „

ferner alle Sorten **Felle, Knochen und Weinflaschen** zu höchsten Preisen.

Anna Theuring,

nur Große Wallstraße 42. Telephon 4263.

Kostenlose Abholung. 4472

Weihnachtsgeschenke

für Kinder und Erwachsene.

Permanente Spielwaren-Ausstellung

— Verlosungsgegenstände und Silvester-Scherzartikel

in großer Auswahl. 4471

Albin Hentze, Schmeerstr. 24.

Kauft **Zigarren, Zigaretten** bei großer Auswahl billigst im **Zigarrenhaus** 1432 Schuller, Krukenbergstr. 25.

Moderne 1408 **Handkörbe** billig und gut. Korbgeschäft Triftstraße (Postgebäude).

Von Donnerstag früh an steht ein großer Transport

prima Bremer Läufer- und großer Futterschweine

billigst zum Verkauf. 4468

O. Bruchhardt,

Trotzaer Straße 4. Telephon 3569.

Billiges Abendbrot!

Von den vor kurzem gefangenen Heringen aus eigener Marinieranstalt in guter Zubereitung:

Anchovis . 1 Pfund nur **540** Pf.
Bismarckheringe kleine Fische, Pfd. 750 Pf., ½ Pfd. **200** Pf.
Saure Sardinen mit Kopf Pfund **500** Pf.
Saure Sardinen o. Kopf u. ausgen. Pfd. 800 Pf., ½ Pfd. **200** Pf.
Rollmops . . . Stück nur **80** Pf.

Bitte Töpfe und Schüsseln mitbringen, Brühe gratis.

Frische Bücklinge ½ Pfd. nur **525** Pf.
Sprotten, ger. Schellfische u. Lachsheringe

Alle Sorten Seefische

täglich frisch zu billigsten Preisen.

4474 Zum Weihnachtsfeste:

Billige Oelsardinen.

Der Vorrat in preiswert eingekauften Fischkonserven ist nur klein.

Nordsee, Deutschlands größter Fischhandel.

Fernsprecher 5904, 1274, 1275.

Fußbälle

Spezialität: Marke „Solgrut" pa. Panzer-Kernchromleder anerkannt erstklassig!

Jungmann-Bälle

Sportgerechte **Fußballstiefel, Jugendstiefel.**

Solide Ware. 1433

Große Auswahl.

J. Schärer & Cie.

Halle (Saale), Große Ulrichstraße 40, (Eingang Kaulenberg).

Starke Gummi-Hosenträger

mit Pa. Leder 4461

besonders preiswert

Dauerwäsche-Beritieb

Kl. Berlin 2.

Werbt für die Produktiv-Genossenschaft.

Raglans — Schlüpfer

Anzüge *1422

nur Ia. Stoffe mit besten Zutaten, Ersatz für Maß sowie allerfeinste Monatsgarderoben

Riesel's Monatsgarderoben

Etagen-Geschäft Gr. Märkerstr. 221. Etagen-Geschäft

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 32443. Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, finden folgende **Distriktversammlungen** statt:

Distrikt 4, bei Selert (Spitze).
Distrikt 5, in der Produktiv-Genossenschaft.
Distrikt 7a, im „Südpol".
Distrikt 9, bei Schnegbel („Loeits Hof"). Ref. zur Stelle.
Distrikt 10, im „Dreibund", um 7½ Uhr.
Distrikt 13a, bei Gelka.
Distrikt 17. Frauen-Distriktsversammlung, 7½ Uhr. Vortrag: „Vom erzieherischen Wert der Organisationsarbeit." Referent: O. Müller.

Alle Kassierer treffen sich 1 Stunde früher.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Morl. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, bei Schmidt: **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Bitterfeld.

Bitterfeld. Freitag, den 9. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Fürst Bismarck": **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die Enthüllungen des „Vorwärts." Referent: Genosse Schumann.

Sandersdorf. Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Die politische Lage." Referent: Genosse Schnetter.

Greppin. Freitag, den 9. Dezember 1921, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Einheitsfront." Referent: Genosse Sachse.

Das beste Geschenk ist ein gutes Buch!

Schaff' gute Bücher in dein Haus
Sie strömen eigne Kräfte aus
Und wirken als ein Segenshort
Auf Kinder noch und Enkel fort!

Eine reichhaltige Auswahl **bester Jugend-, Roman- und sozialer Literatur** bietet in diesem Jahre unsere

Volksbuchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Bestellungen auf besondere Bücher werden schnellstens erledigt. Bestellen Sie sofort!

2 Sonntage vor Weihnachten 12—6 Uhr geöffnet.

Achtung! Gelegenheitskauf!

Winter-Herren-Joppen, gefüttert, 295 Mk.
Winter-Militär-Joppen, gefüttert, 315 Mk.
Militär-Hosen, 150—160 Mk. 1435

wenig getragene **Damen-Maßkleider, Seiden-Kleider,** wenig getragene **Herren-Anzüge, Ulster, Paletots** zu billigsten Preisen. **Hammer,** Rathausstraße 17, Hof II.

Geschlechtsleiden 1291

und ihre Behandlung durch unschädlich langerprobte Kräuterkuren ohne Einspritzung und ohne Verschlimmerung bei frischen und veralteten Leiden. Ausführl. Broschüre mit Anweisung zur Selbstbehandlung und vielen Dankschreiben versendet diskret gegen Mk. 2.— **Dr. L. P. Naueiser, med. Verlag, Hannover,** Odeonstraße 3.

Zeitungs-Makulatur verkauft der **Verlag Klassenkampf** Lerchenfeldstraße 14.

Billigste Bezugsquelle für Porzellan, Glas, Steingut, Emaille u. Wirtschaftswaren

Geschirrführer gesucht. Abfahrgeschäft *1423 Reilstraße 103.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Bleib' fest!

Von Cäsar Flaischlen

Bleib' fest! es eilt mit nichts:
Und Ding will Weile!
Nur sei klar dit, wohin du zielst,
Und wisse, ob du Wohnhaus oder Wirtshaus
Oder Kirche bauen willst!
Dann aber weg- und waggemut ans Werk.
Von Berg zu Berg!

Und wenn sie kommen und ... sie kommen immer
Und wissen immer besser, was du sollst,
Als je du selbst:
Baust du ein Wohnhaus, wollen sie ein Wirtshaus!
Baust du ein Wirtshaus, wollen sie eine Kirche!
Und ihre Gründe, o! sind immer gut:
Für sie ist's ein Geschäft, das du bezweckst!
Für dich ein Teil von dir!

Laß sie und lach'!
Und bau' und mach'
Getrost, was du für gut hältst, weiter!
Nur hüte dich vor Schmörkeleien!
Die großen Linien sind es, die entscheiden;
Die halte rein!

Im Kloster

Von Guy de Maupassant.

Endlich schlug die Stunde der Abreise. Gaëtan hatte seine Wahl getroffen, er gedachte in den Orden des heiligen Augustin zu treten. Diese Mönche leben in weitläufigen Klöstern, welche sie sich früher mitten im Gebirge aufgebaut haben. Ihre Ordensregel ist strenge und wurde seit dem Mittelalter nicht gemildert. Da sie von Laienbrüdern bedient werden, welche alle Handarbeit zu leisten haben, so widmen sie sich ausschließlich frommer Betrachtung und dem Studium der heiligen Schriften. Der Unterricht und das Predigen sind bei ihnen beschränkt auf gegenseitige Unterweisung und eine Predigt, die jeder, wenn die Reihe an ihn kommt, in der Privatkapelle zu halten hat. Lange Spaziergänge durch die Einöden, in denen ihre Klöster errichtet sind, bilden die einzige Zerstreuung.

Kein Orden ist so streng von der Welt geschieden, wie der ihre: Sie haben weder die Beziehungen des Lehrers zu den Eltern der Schüler, weder das stolze Gefühl des heiligen Redners, noch die liebevolle Hingabe des Krankenpflegers; ihre Mission ist hart, einsam, vielleicht egoistisch, aber ganz dazu angetan, eine Seele zu heilen, die wie die Gaëtans mit Abscheu vor der Welt erfüllt war.

So mußte das Grab beschaffen sein, in welches sich ein Lebendiger bettet, der in seinen Mantel gehüllt den Tod erwartet, aber danach trachtet, bis zu diesem erhabenen Moment die Heiligkeit seines Geistes zu bewahren!

Ohne von jemand Abschied zu nehmen, ohne eine Freundeshand zu drücken, reiste Gaëtan nach dem entlegensten der Klöster ab, welches die Mönche des heiligen Augustin bewohnen.

Es war dieses ein altes Bauwerk, an steilen Abhängen errichtet. Gaëtan dachte während der ganzen Fahrt, mit einer Art von abergläubischer Verehrung an dieses Endziel seiner Reise.

Bald hatte er die fahrbare Straße verlassen, und als er nun seinem Führer folgend, zu Fuß durch die großen Wälder des Hochgebirges schritt, sah er nach und nach das Tal hinter den Felsen verschwinden, und als er vor sich nur die schneebedeckten Kuppen der Berge erblickte und hinter sich das Tosen des gegen die Granitwände schäumenden Gebirgsstromes hörte, da schien es ihm, als ob er in eine neue Welt eingetreten sei.

Je höher er stieg, desto schärfer wurde die Luft; zu der gehobenen Stimmung, in die ihn seine lebhafte Einbildungskraft versetzte, gesellte sich eine physische Einwirkung, und so schien es ihm, als ob er die Erde weit hinter sich ließe und einem reineren Dasein entgegenginge.

„Ich habe für immer mit der Welt gebrochen," sagte er sich. Dieser Gedanke befriedigte ihn sehr.

So lange als er noch von Weitem die letzten Töne des Lebens, die von der Ebene herüber klangen, als er noch den Schrei des Ochsentreibers, den Fluch des Karrners und das Wiehern eines Pferdes gehört hatte, wollten ihn die irdischen Gedanken immer noch nicht ganz verlassen, und die habgierigen Reden seiner Freunde [illegible] in seinen Ohr. Aber so wie ihm diese Töne der Ebene nicht Lust machten, wieder hinabzusteigen, sondern ihn im Gegenteil zu noch schnellerem Aufstieg antrieben, so erregten die Erinnerungen an die Welt in ihm den lebhaften Wunsch, dahin zu flüchten, wo er ganz vor ihnen sicher ist.

Als er nach dreistündigem Marsch das große Kreuz sah, welches den Anfang des Gebietes der Abtei kennzeichnet, als er über die Brücke schritt, welche den Zugang zum Kloster bildet, und den mit Kapellen besetzten Weg erblickte, der zu dem im Jahre 1512 von Don Michael erbauten Friedhof führt, sank er im Angesicht dieses Schauspiels in die Knie, und indem er die unendliche Natur, welche dem unsichtbaren Gott als Tempel dient, zum Zeugen nahm, rief er aus:

„Verzeihe mir, mein Gott, daß ich so lange fern von Dir im Sündenpfuhl gelebt habe während ich hier Dir hätte nahe sein, Dich hätte erfassen können!"

Im Kloster war man von der Ankunft Gaëtans unterrichtet, und obwohl die Gegenwart eines Genossen von solchem Gewicht von den Mönchen sehr wohl gewürdigt wurde, so schien sich doch niemand um sein Kommen zu bekümmern. Die Klosterpforte blieb geschlossen und als Gaëtan mit zitternder Hand die Glocke zog, fragte der Bruder Pförtner mit gleichgültigem Ton:

„Wer seid Ihr?"

Er nannte seinen Namen und wurde eingelassen. Der Prior, zu welchem man ihn führte, war ein Mann von vornehmem, asketisch strengem Aussehen. Der Sprechsaal, ein gewölbter Raum mit dunklen Holzbekleidungen, war noch derselbe, wie zu der Zeit, als der Abt noch der Herr der ganzen umliegenden Gegend war, und dort die Huldigung seiner auf den Knien liegenden Vasallen entgegennahm.

Der Prior schien keineswegs erstaunt über den Schritt Gaëtans und sagte ihm einfach:

„Die Welt hat Euch verletzt, mein Sohn, laßt hier den Heiland Eure Wunden pflegen."

Er nahm Gaëtan bei der Hand und führte ihn in eine Kapelle, wo die Mönche, mit dem Antlitz am Boden liegend, das De profundis sangen.

Zitternd und bleich war Gaëtan nahe daran, zu Boden zu sinken, und doch durchbebte sein Inneres eine ungeahnte Seligkeit; so mischte er seine ungeschulte Stimme in die mächtigen Töne des heiligen Chorgesanges dieser Männer, die im Leben ebenso Schiffbruch gelitten wie er.

Man kündigte ihm an, daß er sich in seine Zelle zurückziehen solle, und daß sein Noviziat alsbald seinen Anfang nehmen würde.

Welch einen Abend durchlebte er! Wie viele Seufzer! Wie viele Tränen, aber auch welche ungeahnten Entzückungen!

Gegen acht Uhr brachte man ihm ein frugales Abendbrot und er dachte daran, zur Ruhe zu gehen, als man ihn wissen ließ, daß der Prior ihn zu sprechen wünsche.

Er begab sich zu diesem hohen Geistlichen und glaubte, daß dieser ihm allgemeine und bestimmte Regeln über das Leben im Kloster geben werde.

Der Prior sah nicht mehr so feierlich aus, wie bei der ersten Unterredung. Er empfing den Novizen nicht wieder in dem großen antiken Thronsaal, sondern in einem kleineren Zimmer und sprach in natürlicherem Ton.

Beim Eintreten bemerkte Gaëtan, daß noch zwei Mönche zugegen waren, die mit leiser Stimme lebhaft mit einander sprachen.

Der Prior ging ihm entgegen und ergriff seine Hände.

„Ich habe daran gedacht, mein liebes Kind, Ihnen den Uebergang von Ihrem ehemals so glänzenden Leben, zu dem neuen so einförmigen, erleichtern zu helfen. Wir sind nicht verpflichtet, vor zehn Uhr zur Ruhe zu gehen, und ich wollte, daß Sie diese zwei Stunden mit uns verbringen, anstatt Sie ganz allein Ihren Betrachtungen zu überlassen."

„Ich bin Ihnen dafür verbunden, mein ehrwürdiger Vater."

„Da Sie nun einer der Unseren sind, so können Sie dem Orden einen Dienst erweisen. Sie kommen von Paris, und Sie können uns einige Aufklärungen geben, welche für uns von hoher Wichtigkeit sind."

„Ich bin ganz zu Ihren Diensten, mein ehrwürdiger Vater."

Die anderen Mönche traten näher herzu.

„Sagen Sie," fuhr der Prior fort, „was halten Sie von der Bank der großen Dividenden?"

Gaëtan hatte wohl verstanden, aber er war so bestürzt, daß er sich den außerordentlichen Satz zwei Mal wiederholen ließ.

O gewiß! Er kannte die Bank der großen Dividenden. Man hatte ihm während der letzten acht Tage genug davon gesprochen. Vermittelst der Aktien dieser Bank wollte Parville den Baissiers die Kehle zuschnüren. Vicourt saß dort im Aufsichtsrat und Raboeuf nutzte dort seine Gelder durch Beleihungen aus. Aus Paris entfliehen, der Welt, dem Leben Valet sagen, und dann bei seiner Ankunft im Kloster die Bank der großen Dividenden wiederfinden, welcher Hohn!

Der Prior bemerkte, wie verblüfft Gaëtan war, und die beiden Mönche machten einander im Dunkeln Zeichen, indem sie sich mit den Händen über den Kopf fuhren, was in der ganzen Welt bedeutet: „Ah! das ist ein Exaltierter!"

„Ja, die Bank der großen Dividenden," fuhr der Prior fort, „das ist eine Bank, welche die Interessen der Kongregationen schützt, und die den Dienern des Herrn hilft, damit sie nicht Hungers sterben. O! mein Sohn, wir erdulden die schrecklichste Prüfung, weil wir gezwungen werden, uns so weit zu erniedrigen, daß uns materielle Dinge, die wir verachten, dennoch beschäftigen müssen. Die fürstlichen Aebte, meine Amtsvorgänger, saßen auf ihrem Thron mit der Mitra auf dem Haupte und dem Schwert an der Seite, so empfingen sie früher die Früchte des Feldes, welche ihre Untertanen ehrfurchtsvoll vor ihnen ausbreiteten. Damals wußten die Mönche nicht, was Geld sei, sie berührten es niemals, und mit zum Himmel gewendetem Blick überließen sie es ihren Almoseniers, das Geld, welches die Kasten der Kirche füllte, an Unglückliche zu verteilen. Heute sind wir verarmt, und damit diese Armut nicht zum Elend werde, müssen wir, ja mein Sohn, uns dazu erniedrigen, Geschäftsleute zu werden. Dieses ist eine der Demütigungen, die auch Sie, mein Sohn, werden erdulden müssen. Gewöhnen Sie sich daran, und nehmen Sie diese Prüfung wie eine heilige Kasteiung, und sagen Sie mir alles, was Sie von der Bank der großen Dividenden wissen."

(Schluß folgt.)

Springforums Himmel- und Höllenfahrt

Ein Märchen von Auguste Freundlich

(Schluß.)

So sah niemand, daß am Kopfende des Sarges, auf dem vom Oberbürgermeister gestifteten Kreuz aus weißen Rosen mit der riesigen Papierschleife, ein kleines, unscheinbares Etwas hockte: Die Seele des Springforum — Ja, da saß sie, nackt und bloß, kein tadelloses gebügeltes Oberhemd lag auf ihrer Heldenbrust. Kein Frack, kein Ehrenzeichen deckte ihre Blöße. Zitternd überlog sie die schleimigen Inschriften der Kränze, während in der Luft nur ihr vernehmbar, furchtbar eine Stimme dröhnte:

„Und ihr werdet gerichtet, ein jeglicher nach seinen Werken". „Werke! Meine Werke!" stöhnte die arme Seele, „wo seid ihr? Tretet hervor!"

Aber wieder bebte die Luft von einer entsetzlichen Stimme: „Alle Sünden werden vergeben, nur nicht die Sünde wider den heiligen Geist".

Ein eisiger Luftstrom riß die Seele vom Sargdeckel empor. Je höher es ging, umso dünner wurde die Luft, und deutlich merkte die Seele des Präsidenten neben sich viele andere Seelen, fortgewirbelt zu einem unbekannten Ziel. Unter ihr, zur Rechten und zur Linken glitten sie dahin, suchende, irrende, verdammte, gläubige, sehnende Seelen, manche erbärmlich klein, nackt und bloß, andere mit einem grauen Schleier über dem leuchtenden Kern, viele mit bunten Flügeln, wie Schmetterlinge und Vögel oder glänzend wie Sterne auf sicherer Bahn. Plötzlich erdröhnte wieder die schreckliche Stimme: „Die Sünde wider den heiligen Geist kann nicht vergeben werden!"

Gelbe Schwefelschwaden umloderten die auffahrende Präsidentenseele. Scheußliche Fratzen drohten aus giftigem Nebel. Jedes Gefühl erstarrte in einer Kälte, welche letzte Vernichtung zu sein schien. Ein Abgrund gähnte auf, und in rasendem Sturz sauste Springforums Seele in bodenlose Tiefe. Sie wußte: „Dies ist die Hölle". Aus dem grauigen Dunkel erhob sich ein furchtbares Gesicht und schaute sie aus Augen voll eisigen Hohnes an. Vor Springforum stand Satan in eigener Person. Vor seinem Blick schlotterte die kleine Bureautratenseele in tödlicher Qual und schrie laut auf. Aber kein Bureaudiener kam ergeben angewackelt. Kein Stubenpolizist hörte diesen Schrei. Fern, fern war Hafenkreuz und Stahlhelm. Niemand half. Die Hölle mußte allein durchlebt werden. Und Satan bewegte seine Lippen:

„Du hast gesprochen: Ich bin reich und habe satt und bedarf nichts, und du wußtest nicht, daß du bist elend und jämmerlich, blind und bloß."

„Was willst du von mir?" wimmerte Springforum. „Habe ich silberne Löffel gestohlen? Habe ich wehrlose Leute auf der Flucht abgeschossen? Habe ich Kartoffeln verschoben? Lasse ich sechzehn Menschen in einem Zimmer hausen?"

„Blick her zu mir!" befahl Satan kalt. Springforum gehorchte und erblickte auf Satans Stirn in blutigroten Buchstaben ein Wort, graufig, wie einst das Menetekel dem König Nebukadnezar: „Rußland!" Gleichzeitig klaffte der Nebel auf, und Springforums Seele schaute eine riesige Landschaft: Ural, Wolga, Sibirien, Dnepper, Samara, Orenburg: Rußland! Ueberall streckten sich die Knochenarme verhungerter Menschen. Verkrampfte tote Hände öffneten sich und griffen gespenstisch hinauf. Starre gelbe Augäpfel rollten wild in ihren verdrockenen Höhlen. Durch die vom Hungertyphus aufgequollenen Leiber leuchteten wie durch ein Transparent Lehm und Lumpen, welche die Kinder gegessen hatten, um ihren Hunger zu stillen, und die blauen Lippen erstorener Frauen formten Flüche:

„Du hast die Hilfsaktion für uns verboten! Doch der Sünde wider den Geist heiliger Bruderliebe schuldig gemacht! Ewige Verdammnis dir, dem Liebearmen!" Ein grauer Schleier überzog das Bild, und vor Springforum traten die Worte seiner Verfügung:

„Sammlung — — russische Kinder — — — muß ich ablehnen!"

Springforum ächzte in übergroßer Qual. Dunkelheit zog lastend wie ein Alp über ihn. Schwefelgelbe Blitze zerrissen die Finsternis in schwarze Fetzen. Und ein Chor satanischer Stimmen heulte schrecklich:

„Ewige Verdammnis dir, dem Mitleidlosen und Liebearmen!" „Das kann nicht sein!" bäumte sich Springforum auf. „Es muß ein Irrtum vorliegen. Ich komme in den Himmel. Alle Konfessionen kommen da hinein, alle Rechtsdenkenden und alle ehrlichen Leute. Ich verlange, in zweiter Instanz gehört zu werden!"

Ein teuflisches Hohngelächter antwortete: „Mir gehörst du, mir allein!"

Springforum aber schrie gellend mit dem letzten Rest während Verzweiflung:

„Wo ist der himmlische Betriebsrat? Ich lege Beschwerde ein!"

„Gut, mein Bürschchen" lachte Satan, „du bist mir so sicher, daß ich mit dir eine Wette mage. Ich wette, daß du wieder zu mir zurückkehrst. Freiwillig. Denn Brüder wie du, vertragen den Himmel noch schlechter als die Hölle. Kehrst du aber nicht zurück, so lasse ich zur Strafe die Kappverbrecher den Gerichten sich stellen und bringe die deutsche Regierung in Verlegenheit. Ziehe also hin. Du Ersteufel geleite dich."

Das satanische Gesicht verschwand. Schwefeldämpfe wallten auf und Springforums Seele hob sich in reinere Luftschichten empor. Dennoch wurde seine Qual nicht geringer. Er traf auf die herrlichen Seelen der in Lichtenburg verhungerten Proletarier und ihrer armen Frauen und Not gestorbenen Frauen und Kinder, auf die reinen Lichtseelen im Kerker zerbrochener Dichter, Tollers und Müsams, auf die Feuerseelen des Revolutionärs Max Hölz und seiner Mitkämpfer, auf die tiefbekümmerten Seelen der Opfer von Oppeln und aus aller Munde ertönte der eine Schrei: „Die Sünde wider den Geist heiliger Bruderliebe, das ganze System des Volksbetrugs darf niemals vergeben werden!" Nach einer Ewigkeit erschien's Springforum, sprach der Teufel: „Nun mußt du den Weg allein finden. Rechts um die Ecke, am großen Sirius stern vorbei beginnt der Himmel. Und er entschwand.

Springforums Seele wanderte allein weiter. Doch wurde es ihr nicht leichter in der reinen Luft erden- und höllenfernerWelten. Der Schmerz, wie sie ihn weder auf Erden noch in der Hölle je empfunden, zerfraß ihr Innerstes. Im Vorüberhuschen lauschte ein Ton auf mit der Inschrift: „Himmel der Koalition". Magisch angezogen wollte die Seele hier um Einlaß bitten. Plötzlich aber fand sie Flamme der Liebe wieder neben ihr. Jene Flamme, die mit gekämpft und ihren Erdenweg beendet hatte.

„Wohin, Springforum?"

„Gerechtigkeit mir holen; denn ich bin verklagt!"

„Ich weiß, du begingst die Sünde wider den heiligen Geist!"

Springforums Seele erzitterte und zog weiter, von vielen andern überholt. Da waren die Seelen der revolutionären Kämpfer aller Jahrhunderte und schwebten in jenes Land, wo ewig Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gelebt wird. Da waren Kinder aus den Massengquartieren der Armut und des Elends und suchten beim Märchenreich, wo alle Hungrigen satt und alle Nackten gekleidet werden. Da waren auch die Seelen hilfloser Menschen gemarterter Tiere und stiegen aus Dumpfheit und Gefühllosigkeit in den Himmel der Freude aller Kreaturen. Da waren sogar die Seelchen der Ungeborenen, von armen Mädchen und Frauen im Kot verunreinigt, und wanderten fort in eine Welt der Liebe und Duldsamkeit. Und alle kamen an ein großes Tor, vor dem der Erzengel stand mit dem feurigen Schwert, zu kehren den Garten des Lebens, von welchem Duft und Wärme, Glanz und Schönheit ausströmte. In diesem Garten thronte das Lamm der Unschuld, und auf den Stufen des Altars standen die Seelen derer, die erwürgt waren um des Wortes der Liebe willen und um des Zeugnisses willen, das sie abgelegt hatten. Und sie schrieen mit großer Stimme und sprachen: „Herr du Heiliger und Wahrhaftiger, wie lange richtest du nicht und rächst unser Blut an denen, die auf der Erde herrschen?"

„Und ihnen wurde gegeben einen jeglichen ein weißes Kleid und ward zu ihnen gesagt, daß sie ruhten noch eine kleine Zeit, bis daß vollends dazu kämen ihre Mitknechte und Brüder, die da sollten getötet werden gleich wie sie."

Und die Seelen vor dem Tore riefen und klagten: „Wir haben euer Werk fortgesetzt in Schmerz und Tränen, was wird nun aus uns?"

Da sprach eine tiefe Stimme: „Kommet her zu mir alle. Die Letzten werden die Ersten sein. Ihr seid gekommen aus großer Trübsal. Euch wird nicht mehr hungern noch dürsten. Und Gott wird abwischen alle Tränen von euren Augen."

Sie gingen alle in den Himmel ein, ohne Gericht, ohne Kampf, ohne Wägen; denn sie hatten ihre Hölle auf Erden durchlitten. Nur Springforums Seele fand keinen Einlaß. Ihr wehrte der Erzengel mit dem flammenden Schwert. Sie stammelte: „Gerechtigkeit!" Da hielten ihr die Hände des Engels ein Buch entgegen, in der geschrieben stand:

„Ich habe deine Werke nicht völlig erfunden vor Gott." Und eine Stimme sprach: „Weiche von mir, du Uebeltäter!"

„Ist denn nichts, was für mich zeugen könnte?" flehte Springforum. Da richtete sich auf einmal die Flamme der Menschenliebe neben ihm auf und sprach: „Ich will für dich zeugen. Du gedachtest es böse zu machen, die Liebe aber hat es gut gemacht. Gerade weil du das Werk der Bruderliebe töten wolltest, wuchs es um so herrlicher empor. Tausend Hände fanden sich im Geben. Tausende brachten ihr Letztes zur Linderung der Not. Eine Flut ergießt sich von der die Geschichte einst sagen wird: Der Arme hat in der eigenen großen Not des Bruders nicht vergessen. Sieh her: Russland, erstarkt und blühend! Tritt ein, der Himmel ist dir geöffnet."

„Ich will keine Güte und Gnade," schrie Springforum zornig, „ich will Gerechtigkeit!" Da wurde ihm Gerechtigkeit. Ein Windstoß kam und schleuderte ihn zurück in ewige Verdammnis.

„Nun, Bürschchen!" sagte Satan mit gelben Grinsen, als Springforum unten in der Hölle wieder ankam, „wer hat die Wette gewonnen? Aber ich will dir einen Trostpreis spenden. Nimm!" Und Satan überreichte Springforum einen von Wilhelm in Armenien höchstselbst gefügten Holzklotz mit der Inschrift: „Bleibe treu!" und schwarzweißroten Bande. Den hing die arme Seele sich um und hockte trübsinnig nieder in dem Pfuhl, wo ihrer nichts sonst mehr wartete als Heulen und Zähneklappen.

Grillparzer: Des Meeres und der Liebe Wellen

„Volksbühne" Halle. Neue Besetzung

Das Stadttheater gibt der „Volksbühne" Grillparzers Drama mehrfacher Besetzung der wichtigeren Rollen. Aus welchen Gründen dies geschieht — sei es, um die Leistungsfähigkeit des Stadttheaterschauspielensembles zu zeigen; sei es aus Rücksichtnahme auf die stark beschäftigten ersten Kräfte; sei es endlich in der guten Absicht ihrer Steigerung — das mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird diese Uebung bei gewissenhafter Vorbereitung der Aufführung und dem Stücke selbst nicht von Schaden sein. Die neubesetzte Vorstellung am Sonnabend war dafür Beweis.

Charlotte Jahn entfaltete als Hero so unendlich viel Liebreiz, daß man sich kaum eine idealere Darstellerin dieser herrlichen Rolle zu denken vermag. Und wie Musik klang die edle Sprache der Künstlerin dem Ohr. Fritz Hensel, der den Leander darstellte, errang ebenfalls einen vollen Erfolg. Ludwig Hartwig, der seiste wieder als Naukleros durch sein wundervoll ursprüngliches Spiel und Erich Nowack gab den Oberpriester in feiner Mischung von gesetzmäßiger Strenge und menschlich fühlender Nachsicht.

O. Kilian

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211207-12/fragment/page=0008